

26. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 21. Februar 2018

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Eisler Elfriede, Holzer Othmar, Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Pollak Daniel, Preyss Michael, Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Wiesner Karin, Ing. Winter Hardo	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, DI Pfeiler Dietmar,	
Gemeinderat-NEOS:	Dr. Fischer Martin	

Entschuldigt:

GR Gübler Gerda (SPÖ),
GR Minibeck Manfred (SPÖ),
GR Mag. Riedler Corinna (SPÖ),
GR Mag. Falb Martin (ÖVP),
GR Mayer Wolfgang (FPÖ),
GR Mag. Straka Andreas (GRÜNE)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:33 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 06.12.2017

III. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Organisationsänderung Umweltamt - Dienstleistungsvertrag
- 2.) Netz NÖ – Dienstleistungs- und Netzzugangsvereinbarung
Transformatoranschluss, Anschlussleitungen – Rathausplatz
- 3.) Örtliches Entwicklungskonzept/Marktgemeinde Sierndorf - Kenntnisnahme
- 4.) Pachtvertrag Stadtgemeinde Stockerau - Fischereiverein Stockerau
- 5.) Pachtvertrag Stadtgemeinde Stockerau – Österreichischer Tierschutzverein
- 6.) Löschungserklärung – Grawatsch Erwin und Manuela
- 7.) Löschungserklärung – Hangel Erich und Maria †
- 8.) Löschungserklärung – Klein Johann

IV. Anträge des Stadtrates

a.) Finanzen

- 1.) Mülldeponie – Vergabe der Leistung Entsorgung Kunststoffabfälle Los 2
- 2.) Denkmalpflege – Hl. Johannes Sarkander – Vergabe von Leistungen
- 3.) Vergabe von Instandhaltungsarbeiten im Freibad Stockerau
- 4.) Errichtung Geh- und Radweg zwischen Kastanienweg und Kolomaniwörth –
Beauftragung wasserrechtliche Einreichplanung DI Vanek und Partner
- 5.) Errichtung Geh- und Radweg zwischen Kastanienweg und Kolomaniwörth –
Beauftragung Geländer Fa. Schinnerl Metallbau
- 6.) B3 / Jos. Wolfik-Straße – Erklärung – Bauleistung durch Straßenmeisterei Sierndorf
- 7.) Sanierung ehemaliges Gaswerk Stockerau – Beauftragung –
wasserrechtliche Berichterstattung Rohrhofer ZT GmbH.

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheiten
- 2.) Verwaltungsübereinkommen

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gibt Bürgermeister Laab bekannt, dass es gemäß § 46 Abs. 3 NÖGO einen Dringlichkeitsantrag von Frau StR Eisler/SPÖ und 2 Dringlichkeitsanträge von GR Pfeiler/GRÜNE gibt.

1.) Dringlichkeitsantrag von StR Eisler/SPÖ – Bestandvertrag mit der Gemeinde Leitzersdorf

StR Eisler: Es soll mit der Gemeinde Leitzersdorf ein Bestandvertrag bezüglich Räumlichkeiten für eine Kindergartengruppe abgeschlossen werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Aufgrund der Tatsache, dass derzeit 32 Kinder im Alter von 2,5 Jahren auf einen Kindergartenplatz warten und dadurch ein gewisser Druck auf die Gemeinde entstanden ist, wurden von Seiten der Stadtgemeinde Überlegungen angestellt, wie hier eine Erleichterung herbeigeführt werden kann, obwohl wir uns bewusst sind, dass es rechtlich keinen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder mit 2,5 Jahren gibt.

Um den Eltern möglichst rasch einen Kindergartenplatz anbieten zu können, soll mit Wirksamkeit 1. April 2018 in vorhandenen Räumlichkeiten des Kindergartens Leitzersdorf eine Kleinkindergruppe eingerichtet werden.

Es wird der **Antrag** gestellt, der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Da die Dringlichkeit gegeben ist, wird der Antrag am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

2.) Dringlichkeitsantrag von GR Pfeiler/GRÜNE – Ergänzung der VLSA Donaustraße mit einem signalgeregelten Schutzweg

GR Pfeiler: Fußgänger und Fußgängerinnen dürfen nicht unter die Räder kommen – Ergänzung der VLSA Donaustraße mit einem signalgeregelten Schutzweg.

Vor wenigen Wochen ging die VLSA Donaustraße / In der Au in Betrieb. Die Medien, allen voran die NÖN berichtete. Im Verkehrskonzept, um € 120.000,- erarbeitet, waren für diese Kreuzung noch signalgeregelte Schutzwege vorgesehen. In der Umsetzung wurde an der südlichen Straßenseite der Donaustraße nun kein signalgeregelter Schutzweg errichtet. Zu allem Überdross wurde auch noch ein Fußgänger-Verbot aufgestellt. Bitte – geht's noch? Ein Fußgänger-Gehverbot mitten in der Stadt, an einer Haupttroute aus den westlichen Stadtteilen zum Bahnhof, im Nahebereich des Blabolil-Heimes, der Sportanlagen und zahlreicher anderer Einrichtungen wie z.B. Polizei, Rathaus und Wochenmarkt.

Zu alledem kommt noch hinzu, dass auf der gegenüberliegenden Straßenseite der Gehsteig teilweise abgesperrt ist. Es ist lebensgefährlich, wenn sich Fußgängerinnen und Fußgänger völlig ungeschützt durch diese neuralgische Stelle durchkämpfen müssen.

Was natürlich scheinbar selbstverständlich vorgesehen wurde, ist eine signalisierte Ausfahrt aus der zukünftigen Garage des Objektes Rathausplatzes 15 in diese Kreuzung. Gut, soll sein, es braucht dort eine gesicherte Garagenausfahrt. Aber der Fußgänger und die Fußgängerinnen dürfen dann auch nicht unter die Räder kommen und schutzlos an dieser Stelle überbleiben.

Diese mangelhafte Planung aus den 70-er Jahren des vorigen Jahrhunderts muss überarbeitet werden. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, vor allem Kinder und älteren Personen, geht vor.

Begründung der Dringlichkeit:

Verbesserung der problematischen Sicherheitslage für Fußgängerinnen und Fußgänger.

Antrag:

Überarbeitung der VLSA Donaustraße/In der Au

1. Die VLSA Donaustraße/In der Au ist an der südlichen Straßenseite der Donaustraße mit einem signalisierten Schutzweg zu ergänzen und das Fußgänger-Gehverbot zu entfernen.
2. Dazu sollen vom Bauamt Planungen durchgeführt werden und in einem Verkehrsausschuss, der binnen drei Wochen dazu einberufen werden soll, vorgestellt werden.

Ich bitte um Zustimmung der Dringlichkeit.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Da die Dringlichkeit gegeben ist, wird der Antrag am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

**3.) Dringlichkeitsantrag von GR Pfeiler/GRÜNE –
Neugestaltung Schaumannngasse**

GR Pfeiler: Vor wenigen Wochen wurden die Bäume in der Schaumannngasse gefällt. Die Medien, u.a. die NÖN berichteten. In den Planungen für die Neugestaltung sind Mehrzweckstreifen für Radfahrende vorgesehen. Das ist positiv. Dennoch weist die Planung einige Mängel auf. Der Gehsteig an der östlichen Straßenseite soll zukünftig deutlich schmaler als derzeit im Bestand ausgeführt werden. Und bis jetzt gibt es keine klare Aussage des Bürgermeisters, ob es zu einer Neupflanzung der Allee bzw. der Baumreihe kommen wird. Die Aussagen sind bis jetzt vage, auch von Strauchpflanzungen ist teilweise die Rede.

Wir fordern eine Neupflanzung der Baumreihe bzw. der Allee an der westlichen Straßenseite. Baumreihen und Allees sind in unseren städtischen Straßenzügen ein wichtiger Faktor für das Kleinklima (z.B. Kühlung, Feuchtigkeit und Schatten in den immer heißer werdenden Sommern). Durch Allees und Baumreihen entstehen zudem attraktive Straßenräume fürs zu Fuß gehen. Unsere Vorgängerinnen und Vorgänger in der Stadtgemeinde haben diesbezüglich oft vorausschauend agiert. Zahlreichen Allees, z.B. in der Theresia Pampichlerstraße, Unter den Linden bzw. Belvederegasse, Johann-Strauß-Promenade usw. sind eindrucksvolle Belege dafür.

Daher gebe ich in meiner Funktion als Umweltgemeinderat gem. § 9 NÖ Umweltschutzgesetz die Empfehlung an den Gemeinderat im Sinne einer nachhaltigen Gestaltung des Lebensraumes und des Kleinklimas in unserer Stadt ab. Folgen wir den guten Beispielen unserer Vorgängerinnen und Vorgänger und hinterlassen wir unseren zukünftigen Generationen ebenfalls wieder schöne, attraktive Baumreihen und Allees.

Begründung der Dringlichkeit: Die Bauarbeiten sollen im Frühjahr beginnen, daher sollte die Planung rasch überarbeitet werden.

Abstimmung über Dringlichkeit

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Da die Dringlichkeit gegeben ist, wird der Antrag am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

II. Genehmigung des Protokolls vom 06.12.2017

Bürgermeister Laab: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatsitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

III. Anträge des Bürgermeisters

1.) Organisationsänderung Umweltamt - Dienstleistungsvertrag

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: Das Umweltamt besteht als eigene Dienststelle schon seit den frühen 90er Jahren.

Es erfüllt im Wesentlichen Aufgaben in folgenden Bereichen:

- Deponie (v.a. Sickerwassermanagement, sowie Vollzug der Auflagen der Deponieaufsicht)
- Koordinationsaufgaben im Bereich Müllabfuhr (Organisation der Sperrmüllabfahren, Betreuung der Müllsammelplätze, Müllsammelinseln und der Waage)
- Rechnungserstellung im Bereich der Altstoffsammlung
- EDM-Portal- Eingaben
- Bürgerinformation
- Organisation der Teilnahme an Veranstaltungen (Tag der Sonne etc.)
- Betreuung der Leihräder

Derzeit sind drei Vollzeitarbeitsplätze dem Umweltamt zugeordnet. Die Personalkosten betragen jährlich rund € 130.400,-- (2017).

Die Funktion des abfallrechtlichen Geschäftsführers sowie einzelne Kontrolltätigkeiten und Verbesserungsprojekte nimmt derzeit ein externes Büro wahr – Werkvertrag € 3.500,-/Monat; Jahreskosten € 42.000,--.

Mit September kann die Mitarbeiterin, die einen der Vollzeitarbeitsplätze innehat, in Pension gehen; sie wird von dieser Möglichkeit Gebrauch machen; abzüglich ihres Erholungsurlaubs wird sie ab Juni nicht mehr im Dienst sein.

Um jener Person, die vor allem den Bereich Deponie übernehmen wird, eine angemessene Einarbeitungszeit zu gewähren, wurden daher bereits jetzt Überlegungen für eine kostengünstigere Lösung angestellt.

Die Aufgaben des in Rede stehenden Vollzeitarbeitsplatzes wurden einer detaillierten Aufgabenkritik unterzogen, die verbliebenen Aufgaben wurden zu mehreren größeren Bereichen zusammengefasst und sollen in Zukunft wie folgt aufgeteilt werden.

Die Rechnungserstellung wird vom Abgabnamt – ohne Personalmehraufwand erledigt werden.

Die Betreuung der Leihräder sowie die Ausgabe der „gelben Säcke“ werden in der Bürgerservicestelle erfolgen.

Die Koordinationsaufgaben im Bereich Müllabfuhr (z.B. Sperrmüllabfuhr etc. und Schädlingsbekämpfung) werden in Zukunft vom Bauhof ohne Personalmehraufwand wahrgenommen werden.

Bürgerinformation wird je nach Bedarf an mehreren Stellen erfolgen (Bürgerservice, Bauhof, Bauamt).

Für den Bereich der Deponie bietet sich schon aufgrund der räumlichen Nähe, aber vor allem aufgrund der Kompetenz eine Zusammenarbeit mit der Stockerauer Saubermacher an. Es wurde daher ein Angebot eingeholt, das einen monatlichen Pauschalpreis von € 2.030,-- vorsieht. Zudem wird die Stockerauer Saubermacher auch die Verwertung der gesammelten Altstoffe auf den Hot-Spot-Märkten übernehmen, wobei schon aufgrund der größeren Gesamtmengen für uns günstigere Preise zu erzielen sein werden.

Zu einer weiteren Übertragung von Aufgaben bzw. zu Einsparungen wird es im Zusammenhang mit der Errichtung des ASZ am Fuchsenbühel kommen. Die Inbetriebnahme ist für das Frühjahr 2019 geplant; die Einhaltung des Zeitpunktes ist aber vor allem von der Erteilung der entsprechenden Genehmigungen durch das Land NÖ abhängig. Danach sollte auch die Tätigkeit des „abfallrechtlichen Geschäftsführers“ vom Geschäftsführer der Stockerauer Saubermacher, der die entsprechende Qualifikation besitzt, übernommen werden. Hierzu gab es bereits Gespräche, die Bereitschaft ist da und das in Frage kommende Entgelt wird deutlich niedriger ausfallen, als bei der derzeitigen Regelung.

Zusammenfassung:

- Eingespart werden zwei Vollzeitarbeitsplätze des Umweltamtes – eine Mitarbeiterin geht in Pension, ein weiterer wird auf die Waage bei der Deponie versetzt und der bisher dort eingesetzte Mitarbeiter wird im Bauhof verwendet werden.
- Die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Deponie werden gemäß dem Angebot an die Stockerauer Saubermacher vergeben.
- Der Geschäftsführer wird ab der zweiten Hälfte Februar 2018 mehrmals pro Woche in Stockerau im Umweltamt anwesend sein, um sich einzuarbeiten.

Der Gemeinderat wird ersucht, dass das Angebot der Firma Stockerauer Saubermacher GmbH genehmigt wird und den vorgeschlagenen Organisationsmaßnahmen soll zugestimmt werden.

Gemeinderat Pfeiler: Einige haben uns beim Hereingehen schon angesprochen auf unsere heutigen T-Shirts. Die sollen zum Ausdruck bringen, dass wir GRÜNEN erschrocken, schockiert und fassungslos sind, weil das Umweltamt der Stadt Stockerau wird von der SPÖ/FPÖ unter Bgm. Laab aufgelöst. Die lukrativen Aufgaben und Gewinne werden privatisiert in Richtung zur Fa. Saubermacher GmbH. Alles andere wird sich schon irgendwie, irgendwo, irgendwann miterledigen. Dazu möchte ich sagen, dass das Umweltamt derzeit zahlreiche wichtige Aufgaben erfüllt. Beginnend von Bürgerinformation in Bezug auf Vorsorge- und Umweltschutz, Informationen zur richtigen Abfalltrennung, behördlich vorgeschriebene Aufgaben und Auflagen. Ich denke z. B. hier an den Bereich der Deponie, sowie wirtschaftlich ertragreiche Abrechnungen im Bereich der Wertstoffe und der Entsorgung. Als Umweltgemeinderat weiß ich gar nicht, wie ich mit meiner Kritik hier anfangen soll, weil der Themenbereich „Umwelt und Umweltamt“ ist derartig komplex, aber ich versuche es der Reihe nach. Der erste Punkt ist einmal, dass die Änderung in Folge der Errichtung der Umladestation, natürlich Diskussionsbedarf, absehbar war. Der diesbezügliche Ausschuss III – Bauwesen, Straßen, Ver- und Entsorgung, der mit Gemeinderatsbeschluss am 13.09.2017 eingerichtet wurde, hat aber nie vorbereitet getagt. Ganz im Stil von Bgm. Laab wurden ohne Einbindung der zuständigen Ausschüsse die Änderungen ausgearbeitet, dass diese dann auch noch zwei Tage, also am Montag diese Woche im Personalausschuss vorgestellt wurden, zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits alles ausgemachte Sache war, ist eigentlich eine weitere traurige Fassade in dieser Sache. Bitte um Verständnis, dass ich zum Thema Umwelt, Umweltamt und Abfallwirtschaft als Umweltgemeinderat und als grüner Mandatar natürlich einiges zu sagen habe.

Zweiter Punkt. Der dem Gemeinderat als Beschlussgrundlage vorliegende Amtsbericht ist in mehreren Punkten zu hinterfragen. Das eine ist einmal, dass nach meinen Informationen grundsätzlich nur zwei Vollzeitkräfte im Umweltamt beschäftigt sind. Der Amtsbericht geht hier von drei Mitarbeitern aus. Da wäre meine Frage, ob das aufgeklärt werden kann. Dann, was weiterhin im Amtsbericht aus meiner Sicht nicht eindeutig hervorgeht, ist, wo und wie konkret die Bürgerinformation zu abfallwirtschaftlichen Themen und zum vorsorglichen Umweltschutz erfolgen soll - Müllvermeidung, Mülltrennung, Beratung, Vorträge in Schulen, Klimabündnisgemeinde etc. Diese Sachen, diese Themen brauchen gewisse Ausbildungsmaßnahmen, davon ist im Amtsbericht keine Rede. Das kann man einfach nicht irgendwo mitmachen. Es gibt sicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die man hier einschulen kann. Aber es sollte hier aufgeklärt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Auswirkung auf den Gemeindehaushalt. Neben der verheerenden Wirkung der Auslösung des Umweltamtes kommen noch für mich offene wirtschaftliche Auswirkungen hinzu. Der Voranschlag 2018 enthält Erlöse aus dem Verkauf von Wertstoffen von knapp € 200.000,--. Hinzu kommen sonstige Einnahmen, z.B. gibt es einen Budgetpostenansatz „sonstige Einnahmen“. Das ist dieses Abfallrecycling Austria, da sind noch einmal € 200.000,-- in Summe budgetiert. Diese Einnahmen und Erlöse stehen heute auf der Einnahmenseite der Stadtgemeinde Stockerau, also in unserem Gemeindebudget auf der Einnahmenseite. Die Entsorgung und Verwertung der Wertstoffkaufe gehen laut dem vorliegenden Dienstleistungsvertrag, der hier heute zu beschließen ist, nun an die Saubermacher GmbH, ebenso die Abrechnung und Betreuung der Abfallwirtschaftssysteme u.a. das ARA-System, sind im Absatz 2, Punkt 2 des Vertrages enthalten.

Ich hätte gerne die Frage, die Frage an Sie Herr Bürgermeister. Bekommen wir als Stadtgemeinde Stockerau weiterhin die Einnahmen von € 400.000,-- in unseren sanierungsbedürftigen Gemeindehaushalt, in dem wir derzeit um jeden Euro laufen, oder sind hier in Zukunft andere Beträge zu kalkulieren. Das würde ich gerne wissen von Ihnen.

Gemeinderat Fischer: Ich erkenne das Bemühen Kosten zu sparen. Das ist vom Ansatz her gut so und zu begrüßen.

Bei diesem Antrag steckt der Teufel aber im Detail. Uns liegt ein Vertragsentwurf vor, der nicht nur eine sechsmonatige Kündigungsfrist vorsieht, was relativ lang ist, sondern einen Kündigungsverzicht über vier Jahren auf beiden Seiten. D.h. wir als Stadtgemeinde kommen aus diesem Vertrag nicht mehr heraus, auch wenn sich herausstellt, dass die Stockerauer Saubermacher GmbH verkalkuliert hat. Das macht aber nichts, weil für die Schulden der Stockerauer Saubermacher GmbH haftet ja ohnehin der Gesellschafter. Sie werden sich erinnern, wer für die Gesellschaft haftet. Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen, wir haften für die Außenstände der GmbH. Das heißt, wenn die keinen Businessplan haben und uns zu wenig verrechnen, dann haften wir für den Ausfall.

Ich habe noch einen zweiten Punkt. In diesem Amtsbericht sehe ich keinerlei Ausschreibung oder das irgendwelche Alternativangebote eingeholt worden wären. Wenn wir jetzt den Betrieb des Sammelzentrums oder der Umladestation für biogene Abfälle und den jetzigen vier Jahre mindestens dauernden Auftrag zusammenrechnen, kommen wir dann über jene Grenze, ab der eine freie Vergabe nicht mehr möglich ist. D.h. es sind auf jeden Fall Alternativangebote einzuholen. Ich weiß jetzt nicht, ob es ein richtiges Zeichen ist, und das hat Kollege Pfeiler bereits ausgeführt, bei steigender Umweltgefährdung das Umweltamt faktisch aufzulösen. Auf das möchte ich jetzt gar nicht näher eingehen. Aber wenn wir das schon tun und Leistungen außer Haus vergeben, sollten wir zumindest mehrere Angebote einholen.

Ich stelle daher folgenden Gegenantrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates mindestens zwei weitere Angebote einzuholen und sodann dem Gemeinderat neuerlich zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bürgermeister Laab: Ich möchte schon kurz darauf eingehen. Natürlich, unsere Mengen, die wir an Materialien haben in diversen Bereichen, die bei uns anfallen, haben damit nichts zu tun, dass diese aus unserem Eigentum verschwinden. Natürlich verkaufen wir die weiter. Wenn sich jemand plötzlich über das Umweltamt und über dieses Büro Gedanken macht, wir haben versucht zu eruieren ob es in Österreich auch Gemeinden derartige Ämter noch gibt. Das Umweltamt hat ja bei uns derart an Bedeutung oder an Notwendigkeit verloren als die Deponieverordnung in Kraft getreten ist, weil dann nichts mehr deponiert werden durfte. Wir haben ja hier noch immer den Auftrag des Gemeinderates, sich darum zu kümmern, wie man Arbeit besser verteilen kann, wie Mitarbeiter effizienter eingesetzt werden könnten. Wo man, kommt übrigens auch vom GR Pfeiler, wo man jemand dort und da auch wirksam tätig sein lassen kann. Wir haben aus Bürgerservicegründen auch die Bürgerservicestelle eingerichtet, wo der Wunsch des Gemeinderates da war, diese als Beratungsstelle weiter auszubauen, dass der Bürger möglichst an einer Stelle alle seine Fragen beantwortet und Auskünfte bekommt. Zu dem Mitarbeiter, der Ihnen abgeht, Herr Steinhauer wird auch im Umweltamt geführt. Das erklärt, warum hier drei und nicht zwei angeführt sind. Wie hoch die Erlöse sind - die kann man natürlich beziffern im Voranschlag, welche Tonnen hier anfallen, kann man im Vorhinein nur schwer sagen, aber ob das dann immer die € 400.000,- sind. So eine Aussage kann man nicht machen, weil man nicht weiß, wie hoch die Menge der einzelnen Wertstoffe, die hier anfallen, sind. Die Fa. Saubermacher als Betrieb hier in Frage zu stellen, ein Paradebetrieb in Österreich, der sich mit dem Thema in vielfacher Art und Weise mit großem Umfang beschäftigt, das würde ich nicht so gelten lassen. Dr. Fischer, Sie haben halt das Problem, dass Sie bei diversen Diskussionen, wo Dinge vorgestellt werden, diese

Ausschusssitzungen leider nicht wahrnehmen und dadurch diese Dinge vielleicht auch nur bruchstellenmäßig erfahren können. Aber ich bin der Meinung, nachdem es hier immer verlangt wird, zeitgemäß zu arbeiten, dass man, wenn sich die Möglichkeit ergibt, Arbeiten dementsprechend aufteilen kann, ohne hier neue Personalressourcen aufzumachen und für den Bürger günstigere und serviceorientierte Ansprechmöglichkeiten und Servicestellen einzurichten. Ich glaube, dass es der richtige Weg ist, dass man das so durchführt. Deswegen glaube ich auch, dass es an der Zeit ist, dass man diese Gelegenheit nutzen sollte. Die Umsetzung dieser Maßnahmen kann ja erst im Laufe des Jahres erfolgen. Es ist ja nicht so, dass morgen eine Stelle geschlossen wird. Aber auf der anderen Seite braucht ein Betrieb, ein Mitarbeiter eines Betriebes eine gewisse Einarbeitungszeit, um das zu übernehmen und um sich einzuarbeiten. Die Mitarbeiterin ist zum einen bis September, glaube ich, noch im Dienstverhältnis. Ich kann jetzt nicht sagen wie viel Urlaub sie hat, aber wir rechnen damit, dass sie bis Juni auf jeden Fall noch zur Verfügung steht. Deswegen heute dieser Antrag, um hier diese Schritte einleiten können.

Gemeinderat Dummer: Ich meine, die € 400.000,- im Voranschlag stehen wahrscheinlich nicht zufällig, auch wenn die Zahl dann wahrscheinlich ein bisschen abweicht, aber selbst wenn es € 200.000,- wären, die vom Haushalt in die Saubermacher GmbH verschwinden, sind das € 200.000,-, die uns im ordentlichen Haushalt fehlen und die man nicht so mir nichts dir nichts kompensieren kann.

Bürgermeister Laab: Ich begreife es jetzt nicht. Es ist im Eigentum der Stadtgemeinde, und ob man das jetzt an dem Partner oder vielleicht zu einem besseren Preis verkaufen kann über einen anderen Partner. Die Erträge sind da. Wir liefern ja das Material.

Gemeinderat Dummer: Wir liefern das Material, aber in dem Vertrag steht drinnen, die Saubermacher GmbH, also die Stockerauer Saubermacher GmbH richtet eben eine Sammelstelle ein und die verwertet diese Dinge. Die Erträge kommen dann in die Stockerauer Saubermacher GmbH, wo wir nur mehr mit 49% beteiligt sind.

Bürgermeister Laab: Entschuldigung, das ist ja nicht Gegenstand dieses Dienstleistungsvertrages. Das, was Sie ansprechen, da geht es um das Abfallsammelzentrum, das im Zuge dieser Umlade eingereicht wird zur behördlichen Bewilligung, sodass wie in anderen Gemeinden auch ein Abfallsammelzentrum eingerichtet werden soll, das dann von der Firma Saubermacher GmbH betrieben wird. Aber bei diesem Dienstleistungsvertrag ist ja noch nicht gesagt, solange das Abfallsammelzentrum noch nicht in Betrieb ist, geht es ja um diese Mengen nicht, die die Saubermacher verwertet.

Gemeinderat Dummer: Steht aber drinnen im Vertrag.

Bürgermeister Laab: Das Ziel ist, das ASZ dann so zu führen. Das macht Bisamberg, macht Korneuburg, macht Sierndorf, die haben ein Abfallsammelzentrum.

Gemeinderat Dummer: Die können sich das vielleicht auch leisten. Mag schon sein, dass sie sagen, sie lassen diese Erträge in einer Gesellschaft. Wir brauchen die im Haushalt und das sollte irgendwo geregelt sein, wo die Erlöse aus den Wertstoffen in Zukunft hinfließen. So wie es im Vertrag vorgesehen ist, fließt es eben an die Stockerauer Saubermacher GmbH., und dort hat eben die Firma Saubermacher das Sagen. Die haben 51% und die entscheiden, ob

sie einen Geschäftsführer beschäftigen und dem Hausnummer € 100.000,-- Gehalt zahlen. Die entscheiden, ob dort investiert wird, die entscheiden, was mit dem Geld dort passiert. Wir haben ja eine Gesellschaft, wo wir da sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben in diese Richtung. Also sollte man das schon vorher klären, was passiert mit diesen Erlösen aus den Wertstoffen. Wen kommen die zu Gute, und wenn das wirklich so ist, wie es da drinnen steht in dem Vertrag, dass das in Zukunft die Stockerauer Saubermacher GmbH vereinnahmt, die nächsten vier Jahre zumindest, dann müssen wir das berücksichtigen, im Haushalt und auch in der weiteren Planung. Wir wollen Volksschulen bauen und all diese Dinge, da brauchen wir € 400.000,--. Also das wäre jedenfalls zu prüfen und im Detail anzusehen. Es gibt eine Menge Dinge, die die Stockerauer Saubermacher GmbH im Zuge dieses Vertrages übernimmt. Also ist nicht so einfach, dass man sagt, da fällt eine Mitarbeiterin weg, dafür zahlen wir € 2.000,-- an die Saubermacher GmbH und das ist ein super Geschäft. So wie es sich da darstellt in dem Vertrag, zahlen wir € 400.000,-- drauf, die wir uns nicht leisten können.

Gemeinderat Pfeiler: Ich komme kurz zum Umweltamt. Es ist schon richtig, dass wir innerhalb der Gemeinde natürlich den Dienstpostenplan immer wieder kritisch ansehen sollten. Da bin ich schon dabei, aber ich glaube der Vertrag macht schon sichtbar, was derzeit vom Umweltamt geleistet wurde, weil letzten Endes sind das die Agenden, die das Umweltamt macht. Es sind immerhin eineinhalb Seiten von dem Vertrag, die derzeit das Umweltamt macht. Das ist der Punkt 2.1, 2.2., 2.3. und 2.4. Ich will das jetzt alles gar nicht vorlesen, das kann sich jeder gerne kopieren. Wenn sich jeder in die Lage versetzt, wenn man diese vier Punkte abarbeitet und sagt, das ist meine Dienstpostenbeschreibung, dann kann man sich in etwa vorstellen, dass das mindestens tagesfüllend ist. D.h. es gibt hier jedenfalls ein ausreichendes Tätigkeitsprofil, um diesen Posten zu besetzen und auszulasten. Das kann ich gerne jeder ZuhörerIn, jedem Zuhörer zur Verfügung stellen oder zur Einsicht geben.

Das zweite ist, dass ich es sehr eigenartig finde, wenn ich mit Werten aus dem Voranschlag agiere, der von Ihnen beschlossen wurde, von Ihrer Fraktion, von Ihrem Koalitionspartner beschlossener Voranschlag, dass Sie nun sagen, das wären von mir zusammengedichtete Zahlen. Noch dazu kommt, der Voranschlag 2018 enthält ja auch die Rechnung 2016. Das sind Zahlen, die, davon gehe ich aus, ordnungsgemäß eingebucht wurden. Leistungserlöse Wertstoffe eine Position € 161.579,86. Zweite Position, sonstige Einnahmen, € 180.890,06. Das ist nicht irgendein Voranschlagswert, das ist echtes Geld, das ist richtiges Geld. Die ganz einfache Frage an Sie jetzt, das möchte ich jetzt einfach gerne wissen, nachdem es Unstimmigkeiten und Unklarheiten offenbar im Gemeinderat über diesen Vertrag gibt, hätte es im Jahr 2016 die Firma Saubermacher schon gegeben und wäre dieser Vertrag gültig gewesen, wären diese € 161.000,-- und die € 180.000,-- hier in dieser Rechnung gestanden oder als Einnahme bei der Saubermacher. Ja oder nein. Eine ganz einfache Frage.

Bürgermeister Laab: Das bleibt bei uns im Budget, das ist bei uns unumstritten gewesen. Wir verkaufen das an einem Partner, der jetzt die Saubermacher ist. Die Einnahmen bleiben der Gemeinde.

StADir. Riedler: Wir verkaufen das auch nicht an den Saubermacher.

Bürgermeister Laab: Die Frage stellt sich nicht, dass wir das Geld an den Saubermacher geben. Wir verschenken ja nicht das Material, sondern wir verkaufen es über dem Saubermacher und die Einnahmen bleiben bei uns. Ich verstehe die Aufregung nicht. Natürlich

brauchen wir die Einnahmen von dem, wir sammeln das auch und erbringen die Leistung und wollen unsere Wertstoffe, die wir da sammeln, verkaufen.

Gemeinderat Dummer: Aber in dem Vertrag steht drinnen, in Zukunft sammelt das die Stockerauer Saubermacher GesmbH, wann immer das ist in Zukunft, ob das in drei Wochen, in drei Monaten oder in zwei Jahren ist. Aber in dem Vertrag steht drinnen, die Stockerauer Saubermacher eröffnet ein Altstoffsammelzentrum, sammelt das Material und verwertet das Material. Dann sammelt es nicht mehr die Stadtgemeinde Stockerau, dann sammelt es eben diese GmbH, an der wir mit 49% beteiligt sind, verkauft das und hat die Einnahmen daraus.

Bürgermeister Laab: Wir sammeln ja jetzt das meiste Material. Wir sammeln ja auch das Papier von den vielen Stellen, die in der Stadt stehen. Die bleiben ja stehen. Es wird nur von uns gehortet und dann zu den Preisen für Karton und Papier von uns verkauft. Dieser Verkauf findet dann über die Saubermacher statt. Das Umweltamt hat das auch nicht physisch durchgeführt, sondern es hat nur den Verkauf vermittelt und mit den Firmen die Verträge gemacht, die das übernommen haben, wo wir hin geliefert haben, die uns das dann rückbezahlt haben. Da bin ich natürlich bei Ihnen, wir wollen die Einnahmen weiter haben. Wenn das unklar aus dem Vertrag hervorgeht, sollte das geklärt werden. Der Dienstleistungsvertrag, betrifft die Dienstleistungen und nicht die Materialien. Darum verstehe ich diese Aufregung an dem Ganzen nicht. Das Material, Altpapier, Holz und die Dinge bleiben weiterhin in unserem Besitz. Über Dienstleistungen habe ich verstanden, dass über die, was bis jetzt Fr. Gloser gemacht hat, eine Vereinbarung getroffen wird und diese übernommen werden, ohne genaue Zahlen zu nennen. Das ist die Dienstleistung, so verstehe ich das.

Stadtrat Moser: Ich habe kurz in den Vertrag Einsicht genommen. Ich glaube, dass diese Frage thematisiert wurde, war wichtig. Der Vertrag ist vielleicht nicht 100%ig eindeutig. Man kann eher so argumentieren, wie es Herr Bürgermeister gemacht hat, aber es ist jedenfalls auch eine andere Argumentation möglich. Eine Klarstellung erscheint mir sinnvoll, dass eben diese Verwertung, wie steht, auf Rechnung der Stadtgemeinde erfolgt, und dass das eben betrifft Wertstoffe, die bei uns anfallen als Stadtgemeinde aber auch die von der Bevölkerung gebracht werden, also aus beide Herkunftsquellen. Ich glaube, wenn wir die Klarstellung drinnen haben, haben wir das wesentlichste Kostenargument ausgeräumt. Wenn es die Firma Saubermacher auch so versteht, dann wird die Ergänzung auch kein Problem sein. Ansonsten bin ich nicht so wie die Grünen per se gegen jede Privatisierung. Ich glaube, es ist absolut ein seriöser Partner, für den wir uns da vor einiger Zeit entschieden haben. Die dargelegten Kostenvorteile sprechen schon für sich.

Gemeinderätin Wiesner: Wenn die Klarstellung im Vertrag jetzt dann auch noch erfolgt, freuen wir uns, nachdem Frau Gloser in Pension gehen kann und will, und befürworten die Vereinbarung mit der Firma Saubermacher zur Übernahme einzelner definierter Aufgaben, da wir uns in Summe doch einiges ersparen werden.

Bürgermeister Laab: Ich möchte jetzt zur Abstimmung des Antrages von Dr. Fischer kommen und würde Dr. Fischer bitten, den Antrag noch einmal vorzutragen.

Antrag:

Gemeinderat Fischer: Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates mindestens zwei weitere Angebote einzuholen und sodann dem Gemeinderat neuerlich zur Beschlussfassung vorzulegen

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Abstimmung über TOP III./1.)

Bürgermeister Laab: Ich würde Sie ersuchen mir ein Zeichen der Zustimmung, natürlich mit dieser eindeutigen Klarstellung, dass dieses Material, den wir in Besitz haben, auch in unserem Besitz bleibt, und dass nur die Abwicklung sämtlicher Dienstleistungen damit gemeint ist. Klarstellen - damit das auch festgeschrieben ist.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	1
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Gemeinderat Dummer: Mit der Klarstellung.

Bürgermeister Laab: Das wird im Protokoll eindeutig so festgehalten und vermerkt und wird im Vertrag dementsprechend abgeändert.

2.) Netz NÖ – Dienstleistungs- und Netzzugangsvereinbarung Transformatoranschluss, Anschlussleitungen – Rathausplatz

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: Die Netz NÖ beabsichtigt in Stockerau am Rathausplatz für die neue Wohnhausanlage der KIG eine neue Stromanschlussleitung, ausgehend von der Trafostation im Bereich Kreisverkehr J. Wolfik- Straße / Donaustraße, zu verlegen.

Für festliche Aktivitäten wird derzeit eine provisorische Stromleitung vom Rathaus ausgehend installiert. Um zukünftig einen fixen Anschluss mit einer höheren Nennleistung von 20 KW zur Verfügung stellen zu können, soll im Zuge der Verlegung der Versorgungsleitungen der Netz NÖ eine eigene Leitung mit einer Länge von ca. 200 m und einen eigenen Anschlusskasten mitverlegt werden. Lediglich eine Stichleitung zwischen dem Denkmal und dem Gehsteig im Bereich des Schnitzelhauses ist erforderlich.

Für die Errichtung eines Stromanschlusskastens im Bereich des Denkmals am Rathausplatz sowie der erforderlichen Zuleitung, ausgehend von der Trafostation im Bereich des Kreisverkehrs J. Wolfik- Straße / Donaustraße, wird zwischen der Netz NÖ und der Stadtgemeinde Stockerau eine Dienstleistungsvereinbarung Nr. ADL-2018-0010-10324762 sowie eine Netzzugangsvereinbarung Nr. S-ST-2018-NZ-010.01 vereinbart.

Die Kosten hierfür betragen brutto € 12.500,--, die durch die Einnahmen der Tourismusabgabe finanziert werden.

Gemeinderat Dummer: Ich hätte eine Frage zur Klarstellung. Diese € 12.000,-- sind ausschließlich für die Zuleitung für diesen Veranstaltungsbereich. Erwähnt ist da, dass das Objekt Rathausplatz 15 auch an den Strom angeschlossen werden soll. Sind das rein die Kosten für diese, oder ist das auch die Zuleitung für den Rathausplatz 15?

Bürgermeister Laab: Nein, das hat mit der Zuleitung Rathausplatz 15 nichts zu tun. Das ist eine Absicherung, dass dieser Kasten mit einer Zuleitung versehen wird, der den Anforderungen gerecht wird, die jetzt nicht gegeben sind. Weil eben diese Zuleitung bei Rathausplatz 15 gemacht wird, wird das hier auch mitgemacht. Aber die Zuleitung selber für diesen Stromanschluss, wäre alleine nicht gemacht worden. Das war natürlich die Ursache, dass die EVN dieses Haus anzuschließen hat und im Zuge dessen haben wir das Angebot bekommen, dass wir auch hier eine Zuleitung bekommen für diese Veranstaltungen.

Gemeinderat Dummer: Soweit ich das verstanden habe, ist es ein eigenes Kabel. Es wird aber in dieselbe Trasse gelegt, laut Plan wird das eigentlich am Rathausplatz 15 vorbeigelegt und dann zur Pestsäule geführt. D.h. laut Angebot sind diese € 12.500,-- für das Aufgraben, Kabel reinlegen und wieder zugraben. Die Eigentümer vom Rathausplatz 15 zahlt auch für das Aufgraben, Kalbe reinlegen und zugraben.

Bürgermeister Laab: Wir haben eine eigene Wegstrecke für diesen Kasten und das ist dieses Angebot.

Gemeinderat Dummer: Aufgegraben wird aber nur einmal.

Bürgermeister Laab: Zum Denkmal muss schon extra aufgegraben werden.

Gemeinderat Hopfeld: Die Erweiterung von Rathausplatz 15.

Bürgermeister Laab: Vom Anschluss Rathausplatz 15 bis zu diesem Kasten. Das sind eine eigene Künette und eine eigene Aufgrabung, die in diesem Angebot enthalten ist. Für Veranstaltungen gibt es diesen Kasten und die EVN hat uns aufmerksam gemacht, dass der Kasten die ausreichende Strommenge nicht liefern kann. Die Gelegenheit ist jetzt, das zu machen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

3.) Örtliches Entwicklungskonzept/Marktgemeinde Sierndorf – Kenntnisnahme

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: Im Zuge der Gesamtüberarbeitung des örtlichen Raumordnungsprogrammes (ÖROP) der Marktgemeinde Sierndorf wird für das Gemeindegebiet der Marktgemeinde Sierndorf ein örtliches Entwicklungskonzept (ÖEK) erstellt. Es wurden Berührungspunkte der Raumordnung mit der Gemeinde Stockerau festgehalten und darüber ein Protokoll sowie eine Plandarstellung erfasst. Das Protokoll besteht aus einer schriftlichen Auflistung, aus der die gemeinsamen Berührungspunkte hervorgehen sowie mögliche Zielvorstellungen aufgezeigt werden und aus einer Beschreibung von bereits bestehenden Kooperationen der Gemeinden (Schwerpunkt Gemeindeentwicklung).

Das von der Marktgemeinde Sierndorf vorgelegte Protokoll und die Plandarstellung GZ. 576-01/17 vom 4.12.2017 werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

4.) Pachtvertrag Stadtgemeinde Stockerau – Fischereiverein Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: Da der Pachtvertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und dem Fischereiverein Stockerau zur Ausübung der Fischerei im Fischereieigenrevier Göllersbach I/3 und Senning-bach I/1 ausgelaufen ist, soll ein neuer Pachtvertrag auf 10 Jahre (01.01.2018 – 31.12.2027) zu einem jährlichen Pachtzins von € 120,-- (vorher € 70,--) abgeschlossen werden.

Der Gemeinderat wird ersucht, den Pachtvertrag zu genehmigen.

Gemeinderat Dummer: Ist diese Pacht angemessen? Gibt es irgendwelche Vergleichswerte? € 120,-- im Jahr kommen mir jetzt nicht besonders viel vor.

Bürgermeister Laab: Aufgrund der zehn Jahre wurde die Anhebung dementsprechend zeitgemäß durchgeführt. Basiswert waren natürlich diese € 70,--. Es geht natürlich mehr um eine symbolische Pacht, weil der größte Teil betrifft die Pflegeerhaltung und das, was der Verein dort mit dem Areal für uns verwaltet.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

5.) Pachtvertrag Stadtgemeinde Stockerau – Österreichischer Tierschutzverein

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: In den vergangenen Monaten wurden mit dem Österreichischen Tierschutzverein intensive Gespräche über die Errichtung eines vom Österreichischen Tierschutzverein betriebenen „Franz von Assisi-Hofes“ geführt.

Der Österreichische Tierschutzverein ist eine gemeinnützige, überparteiliche und überkonfessionelle Tierschutzorganisation, die sich bundesweit für die Belange der Tiere einsetzt. Der Verein betreibt und unterhält in Österreich mehrere Franz von Assisi-Höfe, wobei es sich dabei um strukturierte Bauernhöfe handelt, in welchen gerettete, verletzte und verstoßene Tiere ein artgerechtes Zuhause finden.

Durch die Zeitschrift „Tier & Natur“ und andere Publikationen leistet der Verein aufklärende Tierschutzarbeit mit dem Ziel, eine Bewusstseinsänderung in allen gesellschaftlichen Schichten im Umgang mit allen Tieren – ob Haustier, Zootier oder Nutztier – zu erwirken.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte sind die kostenlose Beratung in allen Fragen des Tierschutzes und der Tierhaltung, Tierschutz-Jugendarbeit, Schulprojekte und Durchführung von Kindertierschutztagen auf dem Assisi-Hof, nationale und internationale Artenschutzprojekte und Tiervermittlungen. Zudem betreibt der Österreichische Tierschutzverein die rund um die Uhr einsatzbereite Assisi-Hof-Tierrettung.

Assisi-Höfe sind landwirtschaftliche Einrichtungen, in denen durch entsprechende Zu- und Ausbauten auf die speziellen Bedürfnisse der Tiere eingegangen und für sie ein artgerechter Lebensraum geschaffen wird (vergleichbar mit Gnadenhöfen). So werden Hunde z.B. beim Österreichischen Tierschutzverein nicht einzeln in Zwingern gehalten, sondern je nach Verträglichkeit, in Gruppen aufgeteilt. Mehrere kleine „Rudel“ von 3-4 Tieren teilen sich einen gemeinsamen Innen- und Außenbereich, auf dem sie sich frei bewegen können.

Auf Assisi-Höfen leben größtenteils ausgesetzte, kranke und verstoßene, ungewollte Hunde und Katzen, aber auch Nutztiere wie Pferde, Schafe, Ziegen, Lamas, Esel, Schweine sowie Vögel und Nager. Immer wieder erholen sich hier auch Wildtiere von Krankheiten oder Verletzungen, bis sie wieder in die Freiheit entlassen werden können.

Der Verein ist stets bemüht, für die anvertrauten Tiere neue gute Plätze zu finden,

Gemäß dem vorliegenden Konzept des Österreichischen Tierschutzvereines soll eine Fläche von insgesamt 16.394 m² im Bereich des Dld. Uferweges, wo sich bereits der Kleintierzüchterverein sowie das durch die Pfadfinder gepachtete Grundstück befinden, dem Österreichischen Tierschutzverein zur Verfügung gestellt werden.

Gemäß dem Konzept sollen für die Tiere zum Schutz vor Wind und Wetter Offenställe errichtet werden, welche die Tiere je nach Belieben betreten und verlassen können.

Für Vögel werden großzügige Vogelvoliere errichtet und in weiterer Folge ein Katzenhaus mit großzügigem Auslauf für heimatlose Samtpfoten.

Darüber hinaus sollen für Hunde, Ziegen, Hasen, Hühner und Enten Stallungen mit Freilaufbereichen geschaffen werden.

Die im Konzept ausgewiesene Pferdekoppel soll lediglich zum Einstellen von Ponys bzw. Esel herangezogen werden.

Das bestehende, bisher durch den Baseballverein genutzte Vereinsgebäude, wird vom Österreichischen Tierschutzverein angekauft und soll zukünftig als Bürogebäude mit Vortragsraum genutzt werden.

Für die Besucher soll der Assisi-Hof an diversen Tagen geöffnet werden.

Der Gemeinderat wird ersucht, den Pachtvertrag mit dem Österreichischen Tierschutzverein für die Nutzung der Grundfläche zu genehmigen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Wir haben alle vor ein paar Wochen teilnehmen dürfen bei einer Informationsveranstaltung, wo uns dieses Projekt präsentiert wurde. Ich glaube, wir kennen alle die Bilder von ausgesetzten Tieren. Der Österreichische Tierschutzverein ist uns, glaube ich, auch allen ein Begriff und vielleicht hat der eine oder andere schon gespundet. Allgemein setzt sich der Tierschutzverein ein für Belange und Rechte von Tieren und vor allem setzt er sich gegen Tierleid und Tierquälerei ein. Was macht er jetzt mit einem Assisi-Hof in Stockerau. In Stockerau ist der Beitrag von dem Tierschutzverein, dass er eben diesen Assisi-Hof errichtet auf einem Grundstück der Stadtgemeinde, einen sogenannten Gnadenhof. D.h. da kommen Tiere hin, die ausgesetzt wurden, die verletzt sind, die vielleicht misshandelt wurden, die unter schrecklichen Umständen gelebt haben und jetzt aufgenommen und aufgepäppelt werden. Es ist so, dass das Grundstück beim Pfadfinderheim ist. Es wird so hergerichtet, wie wir bei der Informationsveranstaltung entnehmen durften, dass dort Tiere dort unterkommen wie Katzen, Hunde, Mehrschweinchen, Enten usw. Es würden kleine Verschlüsse errichtet werden. Uns GRÜNEN gefällt vor allem, dass dort gebaut wird auf die Mitwirkung der Bevölkerung. D.h. es können Spaziergängerinnen und Spaziergänger dort jederzeit die Tiere und die Mitarbeiter besuchen und Schulen und Vereine können Exkursionen dorthin machen. Herr Bürgermeister, ich möchte mich bei Ihnen bedanken, dass Sie uns alle Fraktionen zu dieser Informationsveranstaltung eingeladen haben und dass wir alle am selben Stand an Informationen sind.

Gemeinderätin Wiesner: Die Vorstellung des Konzeptes durch den Österreichischen Tierschutzverein hat uns sehr gefallen. Schade finden wir nur, dass offenbar keine Einbindung des bisherigen Pächters in das neue Konzept möglich war. Das müssen wir so hinnehmen. Wie dem Konzept zu entnehmen ist, übernimmt der Tierschutzverein alle Kosten, also auch die Pflege des Grundstückes und die Einleitung der Strom und Wasserversorgung. Wir können diesem Konzept daher zustimmen.

Gemeinderat Fischer: Ich finde, ein Franz von Assisi-Hof in Stockerau ist eine gute Einrichtung. Ich bin mir nur nicht sicher, ob es wirklich notwendig war, den Streichelzoo ausgerechnet mitten im Winter zu räumen. Aber um das geht es mir jetzt nicht.

Was mir aber wieder auffällt, ist, dass die Stadtgemeinde wieder für lange Zeit auf eine Kündigung verzichtet. Wir haben einen Kündigungsverzicht von 20 Jahren vorgesehen im Vertrag. Es mag ganz sinnvoll erscheinen, wenn der Tierschutzverein die angekündigten, hohen Investitionen tatsächlich hier tätigt. Sollten diese Investitionen aber ausbleiben, können wir trotzdem nicht kündigen. Ich würde daher eine Kündigungsmöglichkeit für die Stadtgemeinde offen halten.

Ich stelle folgenden Zusatzantrag. Artikel VII wird um folgenden Satz ergänzt: „Kommt es nicht zur Errichtung eines Franz von Assisi-Hofes und damit verbundenen Investitionen von mindestens € 50.000,--, so kann die Verpächterin frühestens nach Ablauf von vier Jahren mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten den gegenständlichen Pachtvertrag kündigen“.

Abstimmung über Antrag von GR Fischer:

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich habe noch eine Anmerkung zum Pachtzins, der beträgt € 4.918,31. Der ist für uns prinzipiell angemessen, dennoch haben wir ein Anliegen wegen dieser Verträge und der Pachtzinse. Wir schlagen vor, dass der Pachtzins jährlich an den Verbraucherpreisindex angepasst wird und nicht wie bisher, wenn er um 5% steigt oder sinkt. Ich möchte einen Antrag formulieren.

Ich stelle den Antrag: Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Gemeinde möge der Gemeinderat beschließen, den Pachtzins jährlich dem Verbraucherpreisindex anzupassen.

Bürgermeister Laab: Ich wundere mich. Wir haben die einmalige Möglichkeit, dort einen vernünftigen Pachtzins zu bekommen und sollten einen Partner genauso behandeln, wie wir das bei anderen Pachtzinsen und bei der Indexanpassung machen. Sie können natürlich diesen Antrag machen. Dies müsste aber dann noch mit dem Pächter abgeklärt werden.

Abstimmung über Antrag von GR Kamath-Petters:

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Abstimmung über TOP III./5.) mit der Änderung, die einstimmig beschlossen wurde -

Artikel VII wird um folgenden Satz ergänzt „Kommt es nicht zur Errichtung eines Franz von Assisi-Hofes und damit verbundenen Investitionen von mindestens € 50.000,--, so kann die Verpächterin frühestens nach Ablauf von vier Jahren mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten den gegenständlichen Pachtvertrag kündigen“.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

6.) Löschungserklärung – Grawatsch Erwin und Manuela

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: Ob der dem Grawatsch Erwin, geb. 04.11.1960 und der Grawatsch Manuela, geb. 10.09.1971 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 5302 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, erteilt hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 5302 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

7.) Löschungserklärung – Hangel Erich und Maria †

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: Ob der dem Hangel Erich, geb. 01.11.1952 und der Hangel Maria †, geb. 03.05.1955 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4560 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, erteilt hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4560 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

8.) Löschungserklärung – Klein Johann

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeister Laab: Ob der dem Klein Johann, geb. 28.02.1948 zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 01902 Gablitz, Einlagezahl 364 ist unter CLNr. 59 a ein Pfandrecht mit vollstr. € 5.552,21, unter CLNr. 63 a ein Pfandrecht mit vollstr. € 1.679,38, unter CLNr. 64 a ein Pfandrecht mit vollstr. € 1.590,27 und unter CLNr. 66 a ein Pfandrecht mit vollstr. € 1.919,63 für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Da keine Abgabenschuld mehr besteht, erteilt die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung der Pfandrechte ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 364 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Gablitz einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

IV. Anträge des Stadtrates

a.) Finanzen

1.) Mülldeponie – Vergabe der Leistung Entsorgung Kunststoffabfälle Los 2

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeisterin Hermanek: Anlässlich der Deponieverhandlung am 29.09.2014 wurde vom Amt der NÖ Landesregierung, Abtlg. RU 4, die Entsorgung der am nördlichen Böschungsfuß (ca. 1.000 t = Los 1) sowie der auf der Deponiehalde gelagerten ABS-Materialien (ca. 18.000 t = Los 2), somit ein Gesamtausmaß von ca. 19.000 t, gefordert, damit eine Deponieoberflächenabdeckung erstellt werden kann.

Dafür wurde von der Behörde im Bescheid vom 04.01.2018 festgelegt, dass die Überschüttung von 8 m belassen werden kann.

Die von Herrn MMag. Dr. Claus Casati, Mariahilferstraße Nr. 1 b/17, 1060 Wien, durchgeführte Ausschreibung dieser Tätigkeiten hat folgendes Ergebnis gebracht:

1. Bietergemeinschaft Fa. EVN, Abfallverwertung NÖ. GmbH, EVN Platz, 2344 Maria Enzersdorf, Geiger Umwelt GmbH., Trattnerring 13, 2435 Wienerherberg
Los 1: € 106.000,00 und
Los 2: € 1.910.000,00
2. Bietergemeinschaft Fa. Saubermacher AG., Hans Roth-Str. 1, 8073 Feldkirchen bei Graz, Fa. Brantner Walter GmbH., Brennaustr. 10, 3500 Krems sowie der Ökotechna Entsorgungs- und Umwelttechnik GmbH., Waldmühlgasse 31, 2380 Perchtoldsdorf
Los 1: € 141.990,00 und
Los 2: € 2.736.843,00

Die Kunststoffabfälle von Los Nr. 1 wurden bereits entsorgt (Gemeinderatsbeschluss vom 15.06.2016).

Nun sind die Kunststoffabfälle von Los Nr. 2 zu einem Preis von € 1.910.000,-- zu entfernen.

Mit der Entsorgung der auf der Deponiehalde gelagerten ABS-Materialien im Ausmaß von ca. 18.000 t (Los 2) wird der Bestbieter die Bietergemeinschaft Fa. EVN Abfallverwertung Niederösterreich GmbH, EVN Platz, 2344 Maria Enzersdorf und Geiger Umwelt GmbH, Trattnerring 13, 2435 Wienerherberg, zum Preis von € 1.910.000,00 beauftragt.

Der Betrag ist im Voranschlag 2018, Vorhaben 14 vorgesehen.

Gemeinderat Dummer: Die Finanzierung für diese € 1,9 Mio. - sind die schon gesichert? Gibt es darüber schon einen Kreditvertrag?

StADir. Riedler: Der ist letztes Jahr beschlossen worden und auch von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

Gemeinderat Dummer: Das ist schon klar, aber gibt es einen Kreditvertrag mit einer Bank diesbezüglich schon?

Bürgermeister Laab: Das ist ja schon beschlossen worden.

Gemeinderat Dummer: Beschlossen weiß ich schon. Die Frage war, ob wir mit einer Bank schon einen Kreditvertrag unterschrieben haben.

Bürgermeister Laab: Wir haben einen Beschluss. Sie würden es erfahren, wenn wir zu diesem Beschluss keinen Vertrag bekommen. Wir haben ja schon eine Teilfinanzierung davon gemacht, für das Los 1.

Gemeinderat Dummer: Also der Kreditvertrag ist schon unterschrieben.

Bürgermeister Laab: Ja.

Gemeinderat Dummer: Die Preise sind ja relativ alt, das wurde erhoben, glaube ich, 2016.

StADir. Riedler: Die Preise werden gehalten.

Gemeinderat Dummer: Werden gehalten, ändert sich nichts. Danke.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

2.) Denkmalpflege – Hl. Johannes Sarkander – Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeisterin Hermanek: Auf Grund des Alters des Objektes ist starker biogener Befall (Moose, Algen) festzustellen und sind bereits erhebliche Entfestigungen und Fehlstellen im Gesamtbereich der Skulptur bemerkbar. Der Blechbaldachin ist bereits stark angerostet und die Vergoldungen beschädigt. Im Zuge der Vorerhebungen wurde festgestellt, dass das gesamte Denkmal im Laufe der Jahre ca. 40 cm eingeschüttet wurde und die Vorlegestufen bereits unter dem angrenzenden Gelände sind und somit das ursprüngliche Erscheinungsbild erheblich beeinflusst ist.

Es besteht daher die Absicht, das Denkmal an Ort und Stelle instand zu setzen und diverse Fehlstellen zu ergänzen. Beim Baldachin eine Reduktion der Metallauflagerungen, die Schwarzmetalloberflächen zu stabilisieren bzw. zu passivieren und im Farbton der Erstfassung zu beschichten. Zusätzlich soll das Gelände im Umfeld des Denkmals soweit abgesenkt werden, dass die Skulptur wieder in seiner ursprünglichen Höhe wahrnehmbar ist.

Auf Grund der geschätzten Sanierungskosten von deutlich unter € 100.000,00 wurde entsprechend dem Bundesvergabegesetz das Verfahren der Direktvergabe gewählt. Für die erforderlichen Leistungen wurde bei 3 Restauratoren für die entsprechende Angebotslegung angefragt.

Die eingelangten Angebote wurden von der Stadtgemeinde Stockerau normgemäß geprüft und liegt nachstehendes Ausschreibungsergebnis sowie der entsprechende Vergabevorschlag vom 29.01.2018 vor.

<u>Firma</u>	<u>Netto</u>	<u>Differenz %</u>	<u>Reihung</u>
Scherzer	€ 15.927,00	+ - 0,00	1
Blassnig	€ 30.350,00	+ 90,56	2
Asimus	nicht abgegeben		

Auf Grund des vorliegenden Ausschreibungsergebnisses wird empfohlen, die erforderlichen Restaurierungsarbeiten an folgendes Unternehmen zu vergeben:

Firma
Mag. art Karl Scherzer
Am Platzgraben 4, 2111 Ruckersdorf
mit einer Auftragssumme von € 15.927,00 netto

Für die Restaurierung wird sowohl beim Bundesdenkmalamt als auch beim Amt der NÖ Landesregierung Abteilung Kultur um Zuteilung entsprechender Fördermittel angesucht. Nach Maßgabe der budgetären Mittel der Förderstellen ist mit einer Fördersumme in der Höhe zwischen 15 bis 30% zu rechnen.

Der Betrag ist im Voranschlag 2018 unter Vorhaben 8 enthalten.

Gemeinderat Winter: Ich hätte dazu eine technische Frage. Wenn man dort jetzt alles abgräbt, es geht ja verlaufend zum Denkmal hin. Sehe ich das richtig, dass es zum Denkmal hinget? Meine Befürchtung ist, dass es ewig im Wasser steht.

Bürgermeister Laab: Sie meinen, dass eine Mulde entsteht, wo sich dann rundherum das Wasser sammelt.

Gemeinderat Winter: Ich hätte gesagt, da gibt es einen Punkt 3.2 im Kostenvoranschlag, unter Punkt Demontage € 5.120,-, ob man nicht vielleicht besser den Sockel hebt.

Fachbeamter Vasicek: Es ist nicht nur der Sockel, es ist eine Stiegenanlage verschüttet im Augenblick.

Gemeinderat Winter: D.h. es würde noch teurer werden.

Fachbeamter Vasicek: Wir graben die Stiegenanlage wieder frei. Rudherum wird ein ebener Bereich geschaffen mit einer Versickerungsfläche. Danach wird leicht angebösch.

Gemeinderat Winter: OK danke, das ist daraus nicht hervorgegangen.

Bürgermeister Laab: Nach den Ausführungen von Ing. Vaiscek wird die Fläche so gestaltet, dass eine Versickerungsfläche entsteht, Dass sich Regenwasser dort an den Stiegen sammelt, sollte mit dieser Maßnahme vermieden werden.

Gemeinderat Dummer: Wie ist da die Finanzierung im Voranschlag vorgesehen? Über Darlehen oder über Zuweisungen.

Fachbeamter Zimmermann: Über Zuführung und Förderung.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

3.) Vergabe von Instandhaltungsarbeiten im Freibad Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeisterin Hermanek: Die Instandhaltungsarbeiten im Freibad Stockerau werden an folgende Firmen vergeben:

- 1) Auskleiden des Ausgleichsbeckens beim Kinderbecken mit einer Schwimmbadfolie an die Fa. Pool & more zu einem Nettopreis von € 5.824,00
- 2) Austausch der Chlorgasleitungen und der Mess- und Regeltechnik an die Firma BWT zu einem Nettopreis von € 6.210,84
- 3) Beschichtung der Holzfenster und der Holzverkleidung an die Firma Kickenweitz zu einem Nettopreis von € 9.068,70
- 4) Beschichtung Fußboden in den Damengarderoben an die Firma Rojek zu einem Nettopreis von € 6.463,60
- 5) Baumschnittmaßnahmen an die Fa. Koch zu einem Nettopreis von € 5.191,00

Die Gesamtauftragssumme beträgt € 32.758,14 und ist im Voranschlag 2018 unter dem Vorhaben 44 veranschlagt.

Gemeinderat Pfeiler: Grundsätzlich ist natürlich zu begrüßen, dass im Freibad Erhaltungsinvestitionen getätigt werden. Zum Angebot von der Leistung betreffend Erneuerung der Chlorgasleitung gibt es nur ein Angebot der BWT. Gibt es da nur diesen einen Anbieter, oder hat das andere Gründe, dass es da keine Vergleichsangebote gibt?

Bürgermeister Laab: BWT hat dort im Bereich Chlorgas alle Arbeiten durchgeführt. Herr Lehner hat das sicher genau abgeklärt und nachgefragt. Er hat gesagt, er möchte hier nicht eine neue Firma. Er möchte und hält es auch für sinnvoll, wenn BWT das weiter betreibt, weil die hier die ganze Anlage betreuen. Ich kann Ihnen jetzt die Details nicht genau nennen, die hat er besser drauf, er hat mir das schlüssig erklärt, dass es besser ist, hier nicht mit einer zweiten Firma zu agieren und dann wieder die Serviceleistungen von BWT in Anspruch zu nehmen.

Gemeinderat Pfeiler: Klingt nachvollziehbar. Zweite Bitte ist wie alljährlich, dass wir uns neben dem technisch notwendigen Instandhaltungsarbeiten auch Gedanken über die Attraktivierungsmaßnahmen für die Besucherinnen und Besucher machen. Daher eine Bitte an Bürgermeister-Stellvertreter Kube, dass wir im Sportausschuss überlegen, welche Maßnahmen wir für die Hauptfreibadsaison setzen können, im Rahmen des Budgets natürlich, wieder Attraktionen zusammenzubringen. Vielleicht gibt es dazu schon Planungen, das wäre mir wichtig für den nächsten Sportausschuss. Danke.

Stadträtin Völkl: Ich möchte mich hier dieser Wortmeldung anschließen. Diese ganzen Instandhaltungskosten und Reparaturen, die wir übernehmen, sind wirklich notwendig. Ich denke mir auch für den Weiterbetrieb, weil wenn Chlorgasleitungen gewechselt werden müssen, ist dies absolut notwendig. Ein Danke möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

der Gemeinde aussprechen, weil da sind Instandhaltungsarbeiten für Holzfenster aus den 60-er Jahren, dass hier sehr viel Engagement und Herz dahintersteckt, dass unser Freibad so schön und attraktiv ist, wie es jetzt ist. Wir haben doch ein sehr schönes Gelände. Ich möchte jetzt bei Gemeinderat Pfeiler anschließen, man muss auch auf den Besuch schauen und wie wir diese Anlage auch attraktiv halten. Gerade Familien mit Kleinkindern im Sommer, es gibt keine Möglichkeit zum Sand spielen für die Kinder, es gibt kein Sonnensegel, das Kleinstkindern Schatten spendet. Es gibt im Babybecken auch keine Rutsche, und da sind wir wieder dort. Die hat es einmal gegeben, diese ging kaputt und ist nie ersetzt worden. Auch meine Bitte an den Herrn Sportstadtrat, dass wir auch Investitionen zur Attraktivierung unseres Freibades mitaufnehmen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

**4.) Errichtung Geh- und Radweg zwischen Kastanienweg und Kolomaniwörth-
Beauftragung wasserrechtliche Einreichplanung DI Vanek und Partner**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeisterin Hermanek: Für die Errichtung der Unterführung der Eisenbahnkreuzung der ÖBB Strecke Wien / Floridsdorf – Unterretzbach km 26,982 bzw. B3 Hornerstraße km 65,7 – km 66,0 und der Errichtung der Kreisverkehrsanlage auf der Kreuzung B3 Hornerstraße / L 30 Pragerstraße wird für den Fuß- und Radfahrverkehr eine Ausweichroute, aus-

gehend von der Gemeindestraße „Kolomaniwörth“ über die Brücke über den Göllersbach bis zur Gemeindestraße „Kastanienweg“ eingerichtet.

Von den Vertragspartnern ÖBB und Land NÖ wurde diese Route als Provisorium während der Bauzeit ausgeschrieben.

Da dieser Geh- und Radweg auch nach Abschluss der Bauarbeiten der Bevölkerung zur Verfügung stehen soll, beabsichtigt die Stadtgemeinde Stockerau, diese Verbindung als Definitivum auszuführen. Die Kosten dafür sind von der Stadtgemeinde zu tragen.

Für die wasserrechtliche Einreichplanung soll das Büro DI. Vanek und Partner gemäß Angebot vom 16.05.2017 in der Höhe von brutto € 6.240,- sowie der mündlichen Beauftragung für die Erweiterung bzw. Abänderung der Führung des Geh- und Radweges in der Höhe von € 6.169,74 beauftragt werden.

Aufgrund der Witterung wurde bereits mit den Arbeiten begonnen.

Die Beauftragung von insgesamt € 12.409,74 wird dem Vorhaben „Straßenbau“ zugeordnet und im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt.

Gemeinderat Dummer: Sie haben es erwähnt, das Angebot ist vom Mai 2017. Da gibt es schon eine Rechnung vom 28.11.2017. Wenn die Firma jetzt schon eine Rechnung gestellt hat im Jahr 2017, wieso sollen wir die jetzt noch beauftragen. De facto ist es schon durchgeführt und fakturiert und wir tun nichts anderes, als da etwas Nachträgliches beschließen, was eigentlich schon passiert ist, eigenmächtig sage ich einmal. Ich sehe jetzt keinen Sinn darin, dass wir jetzt etwas beauftragen, wo schon die Rechnung im Haus ist.

Gemeinderat Fischer: Über den Radweg haben wir schon öfter gesprochen. Ich finde es für eine gute Idee, diesen auf Dauer einzurichten. Ich habe nur das eine Problem, dass der Punkt 4 und der Punkt 5 beide nicht bedeckt sind, solange der Nachtragsvoranschlag nicht beschlossen ist. Ich möchte in den Raum stellen, dass wir das heute nicht beschließen dürfen. Wir haben beim letzten Gemeinderat bereits Sachen aufgeschoben, die nicht bedeckt waren.

Bürgermeister Laab: Wir wollen das im Nachtragsvoranschlag unterbringen und auch beschließen. Wenn es dazu nicht käme, muss mit dem im Voranschlag 2018 beschlossenen Betrag für Straßenbau das Auslangen gefunden werden und es müsste dadurch etwas anderes eingeschränkt werden. Die Bedeckung würde dann so passieren. Wir müssen ein Programm durchziehen und da brauchen wir den zusätzlichen Beschluss. Aber wenn es dazu nicht käme, sehe ich hier kein Problem, weil wir dann diese € 12.000,- von der beschlossenen Summe bearbeiten und beauftragen. Insofern geht es nur darum, wird es jetzt um das mehr oder nicht. Zu Herrn Dummer: Dort ist eine besondere Situation, weil dieser Geh- und Radweg von der ÖBB und von den Errichtern der Unterführung angeboten wurde. Da hat es lange Gespräche und Verhandlungen gegeben, in welcher Form dieser Geh- und Radweg eingerichtet wird. Es war von denen natürlich nur für den Zeitraum der 14 Monate. Wir haben dann gesagt, wenn hier etwas passiert, dann wollen wir natürlich das auch ständig haben. Dieser Radweg bietet sich an und ist für die Nähe des Naherholungsgebietes natürlich auch als ständiger Radweg zu behalten. Die Gespräche und Verhandlungen und Baubesprechungen haben dann nicht ganz klar gemacht, was ist zu beschließen und was ist nicht zu beschließen. Ist das in dem Projekt

oder nicht. Es ist richtig, dass das formalistisch schon passiert ist, aber was uns jetzt fehlt über das Projekt hinaus, ist der Beschluss von diesen Beträgen. Die müssen wir formal einholen. Durch den Bau erhöht sich das Ganze und dadurch brauchen wir den Beschluss. Ich bin davon ausgegangen, dass niemand etwas dagegen hat, dass dort ein Radweg kommt und dass wir diesen dauerhaft machen. Deswegen haben wir das vorgelegt, damit man in späterer Folge nicht sagen kann, man hat mit dem Beschluss des gesamten Projektes Unterführung Hornerstraße, wo dieser Radweg ja zum Teil mitenthalten war, dann diese Erweiterung nicht beschlossen. Das ist der Grund dafür.

Gemeinderat Dummer: Das betrifft jetzt nicht das Gelände sondern dieses Gutachten.

Bürgermeister Laab: Nein. Es geht um die wasserrechtliche Genehmigung. Wenn das nur für 14 Monate ist, wäre die wasserrechtliche Genehmigung nicht gewesen. Da ist diskutiert worden - ja, nein - wird es im Projekt bezahlt, wird es im Projekt nicht bezahlt. Schlussendlich haben die uns dann eine Rechnung gelegt, das ist richtig. Wir haben auch diskutiert, ob wir es im Projekt unterbringen. Das ist nicht möglich, dadurch haben wir den Beschluss jetzt, damit es formal auch so passt.

Gemeinderat Dummer: Im Mai 2017 haben wir ein Angebot eingeholt. Da werden wir ja schon gewusst haben.

Bürgermeister Laab: Nein, das haben wir nicht gewusst. Man hat immer geglaubt, die ÖBB und das Land NÖ nehmen das zur Gänze in die Baustelle hinein.

Gemeinderat Dummer: Und wir holen trotzdem ein Angebot ein.

Bürgermeister Laab: Weil es für uns erforderlich war, ob diese wasserrechtliche Genehmigung notwendig ist oder nicht. Es war ja lang strittig.

Gemeinderat Dummer: Dann beauftragen wir ein wasserrechtliches Gutachten, obwohl nicht sicher ist, ob wir es brauchen oder nicht, dann kommt die Rechnung und drei Monate später.

Bürgermeister Laab: Nicht ganz so. Das wasserrechtliche Gutachten hat man schon gewusst, dass es notwendig ist. Aber man hat immer noch geglaubt, dass das unter dem Projekt Unterführung dann auch einfließen kann. Der Auftraggeber waren aber wir, jetzt hat er uns eine Rechnung gelegt. Wir haben aber geglaubt, das wird unterzubringen sein. Ist es aber nicht, ÖBB und Land sagen nein, es ist eine dauerhafte Lösung, das gehört euch. Deswegen brauchen wir jetzt im Nachhinein den Beschluss. Wir hätten den im Mai wahrscheinlich zeitgerecht gefasst, aber wir haben ja immer noch gehofft, dass wir in den Gesprächen und Verhandlungen diese € 12.000,-- dort unterbringen. Ist uns aber leider nicht gelungen.

Gemeinderat Pfeiler: Ich glaube, es sind die Einwohnerinnen und Einwohner von der Hornerstraße froh, dass diese Radwegverbindung jetzt ausgebaut wurde. Es ist mir wichtig, dass, das muss man auch einmal sagen, dass das aufgegriffen wurde und jetzt gescheit ausgebaut wird diese Route. Dass sie auch beleuchtet wurde, das hat auch sehr gut funktioniert. Da war Herr Ehn sehr bemüht, dass in der Sperre der Hornerstraße auch die Beleuchtung funktioniert. Ich finde, es ist sehr positiv, dass wir diese Geh- und Radwegroute installiert haben. Wie wir jetzt formal diese Beauftragung abwickeln, bei einem gewissen Verständnis für die

Äußerungen vom Kollegen Dummer, ist jetzt, glaube ich, fast einerlei, weil die Dinge sind schon gebaut und beauftragt. Ob wir das jetzt heute beschließen oder das nächste Mal, wenn dann die entsprechenden Bedeckungen da sind, ich glaube, da fließt ganz einfach noch mehr Wasser dem Göllersbach hinunter. Aber das ändert an den räumlichen Fakten nichts, Hauptsache die Bevölkerung hat diese Route in die Stadt.

Stadtrat Moser: Ich will nur ganz kurz unser Abstimmungsverhalten ankündigen. Ich glaube, die Geschichte ist wichtig, die Geschichte ist gut, dass wir da mit mehrmonatiger Verzögerung als Opposition davon Kenntnis erlangen, ist nicht 100%ig glücklich gestaltet, und darum werden wir uns der Stimme enthalten.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	0
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

**5.) Errichtung Geh- und Radweg zwischen Kastanienweg und Kolomaniwörth-
Beauftragung Geländer Fa. Schinnerl Metallbau**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeisterin Hermanek: Für die Errichtung der Unterführung der Eisenbahnkreuzung der ÖBB Strecke Wien / Floridsdorf – Unterretzbach km 26,982 bzw. B3 Hornerstraße km 65,7 – km 66,0 und der Errichtung der Kreisverkehrsanlage auf der Kreuzung B3 Hornerstraße / L 30 Pragerstraße wird für den Fuß- und Radfahrverkehr eine Ausweichroute, ausge-

hend von der Gemeindestraße „Kolomaniwörth“ über die Brücke über den Göllersbach bis zur Gemeindestraße „Kastanienweg“ eingerichtet.

Von den Vertragspartnern ÖBB und Land NÖ wurde diese Route als Provisorium während der Bauzeit ausgeschrieben.

Da dieser Geh- und Radweg auch nach Abschluss der Bauarbeiten der Bevölkerung zur Verfügung stehen soll, beabsichtigt die Stadtgemeinde Stockerau, diese Verbindung als Definitivum auszuführen. Die Kosten dafür sind von der Stadtgemeinde zu tragen.

Gemäß Ausschreibung ÖBB liegt der Laufmeterpreis für eine Geländerkonstruktion gemäß RVS Type C bei € 192,30. Für eine Konstruktion mit demontierbaren Füllelementen liegt der Laufmeterpreis gemäß Schreiben vom Büro DI. Vanek und Partner bei € 365,25.

Die Differenz von € 172,95/lfm bei 32 lfm beträgt daher brutto € 5.534,40.

Aufgrund der Witterung und des enormen Zeitdrucks wurde bereits mit den Arbeiten begonnen.

Die Beauftragung von € 5.534,40 brutto wird dem Vorhaben „Straßenbau“ zugeordnet und im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt.

Gemeinderat Hopfeld: Ganz eine kurze Anmerkung dazu, weil ja das ein relativ kleiner Betrag ist und das bekommt der Schinnerl in Tulln, hätte ich mir vorgestellt, dass man das einem Stockerauer vielleicht auch geben können.

Bürgermeister Laab: Das ist ein Mehraufwand der allgemeinen Beauftragung. Das es dauerhaft bleiben soll, ist es ein Mehraufwand.

Stadtrat Kronberger: Es geht aus dem Text im Amtsbericht nicht hervor. Wer bezahlt diese € 192,30 pro Laufmeter? Ist das die ÖBB, weil wir bezahlen ja nur den Differenzbetrag.

Bürgermeister Laab: Ja, das andere ist in den Projektkosten, wo die Aufteilung in Prozentsätzen erfolgt ist, enthalten.

Stadtrat Kronberger: Das letzte - Zeitdruck. Der Zeitdruck ist dadurch entstanden, ist momentan kein Geländer dort?

Bürgermeister Laab: Es ist ein provisorisches Holzgeländer, das angefertigt wurde nach der Sanierung der Brücke.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

6.) B3 / Jos. Wolfik-Straße – Erklärung – Bauleistung durch Straßenmeisterei Sierndorf

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeisterin Hermanek: Im Zuge der Errichtung der Unterführung der B3 Hornerstraße der Nordwestbahn Wien Floridsdorf / Unterretzbach und des Kreisverkehrs B3 J. Wolfik-Straße / L30 Pragerstraße soll auch die Bundesstraße im Abschnitt zwischen dem neuen Kreisverkehr und der Schaumannngasse umgestaltet werden.

Die Bauleistungen für die Umgestaltung sollen durch die Straßenmeisterei Sierndorf durchgeführt werden. Insgesamt werden 1240 m² Gehsteige, 196 m² Abstellflächen und Verbreiterungen sowie Grünanlagen und Entwässerungseinrichtungen hergestellt.

Die hierfür kalkulierten Kosten betragen brutto € 90.000,--, welche durch die Stadtgemeinde Stockerau zu tragen sind.

Seitens der Stadtgemeinde Stockerau ist nunmehr einerseits die Genehmigung des Herrn Landesrates DI Schleritzko betreffend die Ausführung der erbetenen Arbeiten durch die Straßenmeisterei zu erwirken, andererseits ist für die Aufbringung der vorgenannten Kosten ein entsprechender Grundsatzbeschluss zu fassen und die beiliegende Erklärung zu unterfertigen. Die Bauarbeiten werden im Jahr 2019 im Anschluss an die Errichtungsarbeiten des Kreisverkehrs durchgeführt.

Die Erklärung besagt, dass die Umgestaltungsmaßnahmen nach Genehmigung des Herrn Landesrat DI Schleritzko in der Höhe von brutto € 90.000,-- durch die Straßenmeisterei Sierndorf vorgenommen werden.

Die anfallenden Kosten für die Umgestaltungsmaßnahmen werden im VA 2019 berücksichtigt.

Stadtrat Kronberger: Meiner Meinung nach ist der Amtsbericht fehlerhaft und unvollständig. Es steht im Amtsbericht nicht drinnen, dass in dem Bereich auch beidseitig ein Radweg entsteht. Steht nicht drinnen. Das ist das erste, was ich kritisieren, und das zweite, dem Amtsbericht ist auch keine Planskizze beigelegt.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Aber auf dem Erklärungsformular steht es drinnen.

Stadtrat Kronberger: Aber direkt im Amtsbericht steht nichts drinnen.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Ja, aber in dem Formular, um das es eigentlich, steht es drinnen. Es steht: Gehsteige und Abstellplätze und weitere Grünanlagen und diverse Einrichtungen.

Stadtrat Kronberger: Da steht aber nichts von Radwegen.

Bürgermeister Laab: Es geht hier in erster Linie darum, wir wollen die Straßenmeisterei als Ausführer dieser Anlage. Egal wie es jetzt ausgeführt wird, wie die Planung schlussendlich aussehen wird, sie ist auch Teil und Ergänzung dieser Hornerstraße-Unterführung, und wir haben sehr gute Erfahrungen mit der Straßenmeisterei gemacht, die das nur machen dürfen und dies in ihre Planung für 2019 hineinnehmen, wenn der Herr Landesrat seine Zustimmung gibt. Da ist jetzt noch nichts bestimmt, wie die tatsächliche Ausführung ist. Nach meiner Ansicht kann sich hier noch etwas ändern an den Gegebenheiten, aufgrund der Unterführung die etwas dann abändern, das wir vielleicht noch gar nicht berücksichtigt haben. Hier ist klar, dass die beauftragt werden, dass wir auch sicher sein können, dass dies dann zum erforderlichen Zeitpunkt umgesetzt wird. Das haben wir genauso gemacht in der Wienerstraße/Wiesenerstraße und hat sehr gut funktioniert. Das braucht eben die Straßenmeisterei. Natürlich kann man das nachliefern in dementsprechenden Ausschuss, wie das genau aussehen wird.

Stadtrat Kronberger: Ich möchte in dem Zusammenhang noch eine Kritik anbringen. In letzter Zeit reißt eine Praxis ein, dass Tagesordnungspunkte außerhalb der zuständigen Ausschüsse vorbei gewunken werden. Es war in dem Fall am 24. Jänner eine Ausschusssitzung Verkehr, dort wurde der Plan Umbau Schaumannngasse vorgestellt. Dieser Plan wurde nicht vorgestellt. Ich habe auch einige Dinge, die mein Ressort betreffen, der Kiwanis-Spielplatz wurde in keinem Park- und Gartenausschuss besprochen, obwohl das ein Spielplatz ist und eigentlich auch als Wald gewidmet ist, dieses Gebiet. Beim Assisi-Hof musste ich passen, ich kann das nur vage kritisieren, weil ich nicht da war. Aber wir haben auch heute einen Dringlichkeitsantrag, den hätte man eigentlich in einer Ausschusssitzung behandeln können. Das ist in letzter Zeit eine Praxis, mir gefällt das persönlich nicht.

Gemeinderat Pfeiler: Herr Bürgermeister, Sie haben es schon vorweg genommen. Ich würde ersuchen, dass wir die Planungen Hornerstraße, Pragerstraße und Wolfikstraße zeitgerecht einfach noch einmal in einem Verkehrsausschuss oder in einer kleineren Runde uns anschauen können. Nicht das uns erst knapp, bevor die Bagger auffahren, irgendwo ein Plan unter die Nase gehalten wird, wo dann natürlich Anpassungen schwierig und problematisch sind. Ich möchte ersuchen, frühzeitig eine Abstimmung herbeizuführen. Soweit mir bekannt ist, enthalten die Planungen für den Kreisverkehr dort Radwege, aber das dürfte ein derzeitiger Zwischenstand sein oder vielleicht auch nicht. Also bitte eben diese Behandlung im Stadt-

entwicklung und Verkehrsausschuss. Der Kritik vom Kollegenn Kronberger kann ich mich wirklich vollinhaltlich anschließen. Wir haben jedes Mal eine Menge Tagesordnungspunkte, wo es Ausschüsse vorher gegeben hätte, wo man dann wie jetzt z. B. bei der Thematik Organisationsänderung aber auch bei vielen anderen Punkten in den Ausschüssen darüber reden hätte können. Vertragsanpassungen könnten vorher abgestimmt werden oder eben allfällige Unklarheiten könnten aus dem Weg geräumt werden. So haben wir dann immer die langen, ausufernden Debatten hier im Gemeinderat, weil einfach Themen nicht vorbesprochen sind. Da würde ich schon ersuchen, dass wir in Zukunft die Ausschüsse wirklich dafür nutzen, für die offenen Fragen oder Anregungen, die es immer wieder gibt, die Möglichkeit zu schaffen, in den Ausschüssen diese einbringen zu können.

Bürgermeister Laab: Ich möchte nur kurz darauf antworten, weil offensichtlich Gemeinderäte weniger Informationen haben als die Bürger. Herr Ing. Stadler macht mich gerade aufmerksam, wir haben ja diese Bahnunterführung ausreichend bei diversen Gelegenheiten vorgesellt, wo der Kreisverkehr drinnen war, und alle, die sich das angeschaut haben, hätten gesehen, wie die Planung dort aussehen kann. Für mich ist etwas anderes maßgebend. Wir haben jetzt eine Erklärung zu beschließen. Wenn wir das hier nicht beschließen und die Straßenmeisterei damit nicht beauftragt werden kann, weil der Gemeinderat sagt, er will das nicht, das soll wer anderer machen, dann kommen wir meiner Ansicht nach erst in die Frage, wie planen wir dann, wie bringen wir die Kosten unter, was soll dort dann dabei sein. Weil dann haben wir die Schwierigkeit, dass wir mit der Straßenmeisterei in Konfrontation treten müssen, die ja sonst die anderen Nebenanlagen errichten. Wir machen nichts anderes, als dass wir hier beschließen, dass wir diese Erklärung abgeben dürfen. Wir beschließen auch keinen Plan, keine Breiten, keinen Durchmesser, keine genauen Details von diesem Kreisverkehr. Dazu wird bis 2019 noch ausreichend Zeit sein, hier Informationen und Diskussionen zu führen. Es geht hier alleine darum, ob sich der Gemeinderat damit anfreunden kann, diese Erklärung abzugeben, damit der Formalismus im NÖ funktioniert, und dass dies durchgeführt wird. Aber nicht jetzt, dass wir mit dem Beschluss schon den genauen Plan beschließen. Das werden wir bis 2019 ausreichend in Verkehrsausschüssen unterbringen.

Gemeinderat Dummer: Wenn das schon Teil dieser Bahnunterführung und des Kreisverkehrs war, wieso kostet das noch einmal jetzt € 90.000,--? Ist das in den Kosten des Plans Bahnunterführung und Kreisverkehr nicht enthalten?

Bürgermeister Laab: Herr Gemeinderat Dummer noch einmal zur Erklärung. Da geht es nicht darum, was es kosten wird, kosten wird es uns immer etwas. Es geht nur darum, dass wir sagen, wenn dort schon die Straßenmeisterei arbeitet, dann wollen wir auch, dass diese Arbeiten, die von uns zu bezahlen sind, weil wir gute Erfahrungen gemacht haben, von der Straßenmeisterei durchgeführt werden. Da gibt es eine Kostenschätzung von € 90.000,--. Die hat es ja schon gegeben, dass uns das kostet, weil wir für die Nebenanlagen zuständig sind. Wir legen uns jetzt fest, dass wir das mit der Straßenmeisterei machen. Bei der Wiesenerstraße war genau dasselbe. Dort haben wir das auch beschlossen. Da hat es diese Unsicherheit nicht gegeben, die jetzt plötzlich auftritt. Es geht einfach darum, dass die planen und sagen können, 2019 haben sie ein Zeitfenster, wo der Kreisverkehr gebaut wird.

Gemeinderat Dummer: Ja, das ist jetzt nicht das Thema. Das Thema ist, wieso müssen diese € 90.000,--, die schon Teil dieses Projektes sind. Sie sagen, dass ist Teil der Planung immer gewesen und enthalten. Jetzt ist es nicht enthalten, wir brauchen nächstes Jahr € 90.000,--.

Bürgermeister Laab: In der Planung der Unterführung nicht. Aber die Unterführung wurde geplant mit einem anschließenden Kreisverkehr. Bis dahin ist das geplant in dem Projekt mit Land und ÖBB. Wir haben uns immer dafür ausgesprochen, dass der Kreisverkehr auch kommt. Alle, die sich damit befassen haben, haben gewusst, dass auf die Gemeinde Kosten zukommen werden. Diese Kosten sind bewertet worden von der Straßenmeisterei, und das haben wir gewusst, dass wir diese im Budget 2019 brauchen werden. Es geht jetzt nur darum und das ist das Thema, dass wir sagen, wir wollen die Kosten, die man abschätzen kann, mit der Straßenmeisterei durchführen. Aufgrund dieser Erklärung werden sie diese Baumaßnahmen mit ihrem Personalstand durchführen können.

Stadtrat Holzer: Es betrifft den Kreisverkehr zur Schaumannngasse. Das Projekt umfasst die Unterführung bis zum Kreisverkehr und es soll ein Kreisverkehr bis zur Schaumannngasse gebaut werden

Gemeinderat Dummer: Das war mitgeplant, habe ich gehört.

Bürgermeister Laab: Nein. Der Kreisverkehr bis zur Schaumannngasse ist noch durchzuführen. Da haben wir gesagt, das ist Gemeindegasse, das gehört gleich dazu, das wollen wir durchführen.

Gemeinderat Dummer: Also das Stück hat man nicht mitgeplant.

Bürgermeister Laab: Wir haben es aber jetzt im Zuge der Anbindung Schaumannngasse und Kreisverkehr verknüpft, dass wir das 2019 in unserem Plan aufnehmen und das soll dann gleich baulich von der Straßenmeisterei ausgeführt werden. Es geht um den Abschnitt auf der B 3 - von bis. Das steht eindeutig drinnen. Aber der Kreisverkehr als solcher, was Stadtrat Kronberger kritisiert, ist nicht Teil davon. Da gibt es einen Plan, den es schon immer gibt und der hat, wenn man es genau nimmt, hier nichts verloren, weil es nicht dem Kreisverkehr betrifft sondern das Teilstück.

Stadtrat Kronberger: Aber nur zur Information wäre es günstig gewesen.

Bürgermeister Laab: Natürlich wäre - was immer, für jede Anregung dankbar. Aber nur Kritik, dass Unterlagen fehlen, ist nicht ganz richtig.

Gemeinderat Pfeiler: Ich wollte nur kurz erläutern. Ich habe mit meiner Wortmeldung in keiner Weise hinterfragt, dass wir jetzt diese Übereinkunft mit der Straßenmeisterei beschließen. Eine kleine Anregung, dass wir jetzt die verbleibende Zeit bis zum Baubeginn dafür nutzen, dass man im Ausschuss einfach den Plan endabstimmen und mit einem gemeinsamen Plan dann in die Umsetzung gehen.

Bürgermeister Laab: Das habe ich gerade gesagt, dass das die Folge von dem Ganzen ist. Aber das ist eigentlich für manche logisch, für andere nicht so. Aber natürlich nehmen wir das zur Kenntnis.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

**7.) Sanierung ehemaliges Gaswerk Stockerau – Beauftragung –
wasserrechtliche Berichterstattung Rohrhofer ZT GmbH.**

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Vizebürgermeisterin Hermanek: Der Stadtrat der Stadtgemeinde Stockerau hat mit einstimmigem Beschluss in der Sitzung vom 30.07.2001 die Sanierung des ehemaligen Gaswerkes Stockerau genehmigt.

Im Zuge des Projektes „Sicherung der Altlast ehemaliges Gaswerk Stockerau“ wurde von der Wasserrechtsbehörde Abt. WA1 des Amtes der NÖ Landesregierung der Bescheid WA1-ALV-33.835/11-02 vom 28.02.2002 sowie WA1-ALV-33.835/014-2012 (Wiederverleihung des Wasserrechtes) vom 31.08.2012 bis 10.09.2032 erlassen.

Im Sinne des Auflagenpunktes 6 des Wasserrechtsbescheides 2012 hat die Stadtgemeinde Stockerau Berichte an die Wasserrechtsbehörde vorerst nur für den Zeitraum 2012 bis 2015 vorzulegen. Der letzte Bericht im Zusammenhang mit dem Antrag um Wiederverleihung des Wasserrechtes umfasst den Zeitraum bis Juli 2012.

Über weitere Berichte wird die Wasserrechtsbehörde nach Vorliegen dieses Berichtes entscheiden.

An die Kommunalkredit Public Consulting (KPC - Förderstelle) sind ebenfalls jährliche Berichte zu verfassen.

Aus Gründen der Kostenoptimierung schlägt DI Rohrhofer vor, jeweils zwei Jahresberichte gemeinsam zu erstellen: jeweils 2016-2017, 2018-2019, 2020

Hr. DI. Rohrhofer hat diesbezüglich ein Angebot erstellt, in dem die Ausarbeitung der einzelnen Berichte erfasst ist.

Das Angebot vom 16.10.2017 beträgt brutto € 16.792,33. Davon gewährt die Förderstelle 65%. Der Restbetrag wird aus den Mitteln des ordentlichen Haushaltes bedeckt.

Gemeinderat Dummer: Nur zur Klarstellung. Diese € 16.000,-- sind für alle Gutachten bis 2020. Sind da Gutachten bis 2020 notwendig? D.h. für alle diese Gutachten, die da notwendig sind bis zum Jahr 2020.

Bürgermeister Laab: Keine Gutachten sondern Berichte. Es ist vorgeschrieben worden und dieses Berichtswesen wurde beschlossen. Gutachten ist es keines.

Gemeinderat Dummer: Wie wird das dann verrechnet? Je Gutachten - ich habe das nicht entnommen. Das Angebot ist da auch nach Stunden gegliedert.

Bürgermeister Laab: Es wird gesammelt beauftragt, weil sie notwendig sind für die Berichterstattung.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Dringlichkeitsanträge

1.) Dringlichkeitsantrag von StR Eisler/SPÖ – Bestandvertrag mit der Gemeinde Leitzersdorf

Stadträtin Eisler: Aufgrund der Tatsache, dass derzeit 32 Kinder im Alter von 2,5 Jahren auf einen Kindergartenplatz warten und dadurch ein gewisser Druck auf die Gemeinde entstanden ist, wurden von Seiten der Stadtgemeinde Überlegungen angestellt, wie hier eine Erleichterung herbeigeführt werden kann, obwohl wir uns bewusst sind, dass es rechtlich keinen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder mit 2,5 Jahren gibt.

In der Realität ist es aber so, dass viele Mütter einen Betreuungsplatz brauchen, weil sie nach Ablauf ihrer Karenzzeit in das Berufsleben zurück müssen, um ihren Arbeitsplatz nicht zu gefährden oder ihn zu verlieren.

Aus diesem Grund haben wir mit den umliegenden Gemeinden von Stockerau Gespräche geführt, ob Räumlichkeiten in deren Kindergärten frei wären.

In der Gemeinde Leitzersdorf gibt es einen dreigruppigen Kindergarten, wobei aufgrund der fehlenden Kinder von der Gemeinde Leitzersdorf nur 2 Gruppen betrieben werden.

Die freie Kindergartengruppe soll nun für die Stockerauer Kinder genutzt werden und der Gemeinderat möge daher den Bestandvertrag mit der Gemeinde Leitzersdorf genehmigen.

Die Bedeckung wird im 1. Nachtragsvoranschlag 2018 berücksichtigt.

Lt. Statistik, die am 31.01.2018 erstellt wurde, würden 139 Kinder einen Kindergartenplatz mit 2,5 Jahren vielleicht benötigen. Am 06.02.2018 hatten wir Sprechstunde und hier wurden weitere 33 Kinder mit 2,5 Jahren angemeldet. Wir haben gleich eine Abfrage gemacht. 18 sind absolut bereit, den Weg nach Leitzersdorf in Kauf zu nehmen. Die Gruppe kann aber nur 16 Kleinkinder betreuen. Das sieht man, wie groß die Not ist. Also, die, die mobil sind, würden auch nach Leitzersdorf fahren.

Gemeinderätin Trabauer: Grundsätzlich möchte ich sagen, dass sämtliche Investitionen in das Wohl unserer Kinder begrüßenswert sind und auch ein gutes Zeichen in Richtung Zukunft sind. Ich hätte dazu zwei Fragen. Wurden da mögliche örtliche Räumlichkeiten in Stockerau, wie z.B. im Klosterkindergarten auch vorher angesehen, ob es überhaupt machbar ist, dass man sagt man errichtet dort noch irgendwie eine Gruppe, oder wurden andere Räumlichkeiten auch noch betrachtet in Stockerau? Gibt es irgendwie einen längerfristigen Plan, weil es ist ja im Antrag ein Zeitraum bis, glaube ich, 2021 vermerkt? Was soll aber danach passieren?

Stadträtin Eisler: Wir haben jetzt eine Spanne, dass wir darüber nachdenken können. Wir haben schon alles getestet, was alles noch möglich ist. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, wir haben ja zwei Kleinkindergruppen mit je 16 Kindern. Die sind aber nur für ein Jahr befristet. D.h. die müssen dann in den Regel-Kindergarten, um das wieder auffüllen zu können.

Bürgermeister Laab: Um auf Ihre Frage zurückzukommen. In den bestehenden Kindergartenstandorten ist es nicht möglich, noch weitere Gruppen einzurichten. Auf das haben wir natürlich als erstes geschaut, ob wir irgendwo Platz haben. Wir haben diese zwei Gruppen, die als Provisorien genehmigt wurden, für die wir immer um Verlängerung ansuchen. Natürlich geht es darum, bis 2021 die Entwicklung zu beobachten und zu schauen. Wir werden über

eine Standorterweiterung intensiv schauen müssen und schauen, dass wir für die Bedürfnisse den Platz schaffen können. Wobei es aber so ist, dass man hier ja eigentlich eine Lücke im Gesetz erschließen, weil die Eltern stehen in der Sprechstunde und haben ein Problem, weil sie wieder arbeiten gehen müssen, die Karenzzeit ist aus, für das Kind haben sie ein halbes Jahr lang niemanden, und die brauchen natürlich dringend eine Betreuung. Bei vielen ist es so, es wird ja auch in Korneuburg oder in anderen Gemeinden werden auch private Einrichtungen angeboten. Die Erfahrung ist die, dass die meisten diese nicht in Anspruch nehmen können, weil es über die finanziellen Möglichkeiten hinausgeht. Wir könnten jetzt sagen, ok, wir kümmern uns nicht darum, aber ich glaube, wir haben die Verpflichtung mit dem Zuwachs, dass wir auch schauen, dass wir hier Möglichkeiten schaffen. Für mich ist es jetzt nicht nur eine Lösung anzubieten sondern auch gleichzeitig - es wird sehr viel gesprochen von Gemeindekooperationen usw. Jetzt gibt es Gemeinden wie Niederhollabrunn oder Niederfel-labrunn, dort wäre der nächste Kindergarten, der nicht voll ist. Aber man muss auch Rück-sicht nehmen, wie weit sind die Eltern bereit zu fahren. Leitzersdorf ist, wie vorher schon gesagt, für viele kein Problem. Es ist, glaube ich, richtig, wenn man als Gemeinde in der Re-gion zusammenarbeiten will, dass man solche Ressourcen nutzt.

Natürlich müssen wir uns lang- und mittelfristig umschaun, wie wir selber unsere Bedürf-nisse eben so gestalten, dass wir das anbieten können. Wir müssen aber in erster Linie darauf achten, dass wir die Dreijährigen, da haben wir die Verpflichtung, dass wir die unterbringen. Bei den Zweieinhalbjährigen wollen wir ein Zusatzangebot schaffen und das ist mit Hilfe der Gemeinde Leitzersdorf jetzt eben möglich. Dort gibt es eine voll eingerichtete Gruppe, die Einrichtung und die Infrastruktur ist vorhanden, Spielsachen und Geschirr werden wir mit-nehmen müssen. Es gibt diese Lösungen in NÖ. Das ist nichts neues, damit ist auch diese Genehmigung sinnvoll, weil für die Eltern jeder Tag zählt. Deswegen ist diese Vorgangsweise so gewählt worden, dass wir mit 01.04., wenn alle Genehmigungen da sind, mit dieser Gruppe in Betrieb gehen können, für 16 Kinder, vielleicht auch weniger, weil die Gemeinde Leitzers-dorf hat vielleicht auch einmal ein Kind, das dort untergebracht werden soll. Dann wird man natürlich das auch vereinbaren müssen. Das ist schon klar. Kooperationen können nicht nur einseitig erfolgen. Wichtig ist, dass man hier eine große Erleichterung für die Eltern schaffen kann, weil sie einen guten Platz wissen, wo ihr Kind untergebracht ist.

Gemeinderat Fischer: Von meiner Seite grundsätzlich Zustimmung zu dem Antrag. Wir könnten jetzt lange diskutieren über das Thema, Wohnbau und Zuzug und fehlende Infra-struktur, aber das würde den heutigen Rahmen sprengen. Dennoch werden wir und diesem Thema stellen müssen.

Ich habe nur eine Frage noch. Gibt es Überlegungen wie die weniger mobilen Kinder nach Leitzersdorf kommen? Gibt es Gespräche mit IST-Mobil oder ähnlichem?

Bürgermeister Laab: Herr Dr. Fischer, wenn genügen Eltern sich erklären, 18 haben zuge-sagt, dass sie fahren. Dass ist die Erfahrung, die Stadträtin Eisler hat, für diese ist die Distanz kein Problem. Es ist eine Strecke, die man unter Umständen auch in Stockerau zurücklegt, kommt darauf an, wo die Wohnsituation ist. Also insofern gibt es hier, glaube ich, nicht den Bedarf, um noch zusätzliche Kosten dafür aufbringen zu müssen. IST-Mobil, Sie haben es angesprochen, ist eine Organisation, die sehr flexibel ist, und wo es schon Möglichkeiten gibt, geregelte Fahrten buchen zu können. Ist sicher auch eine Möglichkeit, aber bei Kindern ist eben immer die Frage der Beaufsichtigung. Die kann man nicht so einfach in ein Taxi setzen, die muss dann auch wer übernehmen. Das machen die Eltern schon selber. Ich glaube, da ist es nicht notwendig.

Zur Wohnsituation und dem Ganzen, wenn wir nicht diese Einstellung hätten, ich weiß nicht, ich möchte Ihnen hier nichts unterstellen, Sie sind auch über Wien nach Stockerau gekommen, wäre es für viele vielleicht enttäuschend, wenn wir hier einen Riegel vorschieben würden, dass wir sagen, wir wollen niemanden mehr von außen nehmen und keine Wohnmöglichkeiten mehr schaffen. Ich bin schon dafür, dass wir mit allen Möglichkeiten, die wir haben, auch weiter offen sind und Zuzug zulassen und gestatten.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Der Dringlichkeitsantrag ist ziemlich überraschend und ich frage mich hier, warum die Debatte hier im Gemeinderat abgehalten wird, obwohl wir Sozialausschüsse und Bildungsausschüsse einberäumen könnten. Es ist jetzt fast so wie ein Zwiegespräch, was das hier wird. Es sollten eigentlich Ausschüsse sein, es fällt mir sehr schwer, hier nicht zu diskutieren, sondern nur eine große Wortmeldung abzugeben.

Das zweite ist: Wir haben schon ganz oft appelliert im Bildungs- und Sozialausschuss, dass ganz wichtig ist eine vorausschauende Bedarfsplanung. Ich frage mich wirklich, wobei Sie alle wissen und wir alle wissen, dass wir eine Zuzugsgemeinde seit Jahren sind, warum das passieren konnte, dass es keine Plätze gibt. Frau Stadträtin Eisler, es tut mir leid, dass ich das jetzt schon wieder hernehme, aber es ist ein wichtiges Thema. Manche sprechen dann davon, ja, ich bin keine Visionärin, schauen wir uns das dann an. Manche sprechen davon, dass wir da wirklich eine Bedarfsregelung machen müssen.

Das dritte Thema ist: Mit dem Bus oder mit dem Hinkommen nach Leitzersdorf - es gibt sehr wohl schon in Gemeinden, wie in Unter- oder Obermallebarn, es gibt Busse, die Kindergartenkinder abholen. Das gibt es auch in Oberösterreich, das gibt es schon überall. Ich appelliere jetzt wirklich darauf, dass man Sorge trägt für diesen Notfall in den nächsten Monaten oder ab April und dann das nächste Kindergarten- oder Schuljahr, dass man Sorge trägt, da einen öffentlichen Verkehr oder ein Hinbringen und Herbringen, Zurückbringen dafür Sorge zu tragen. Ich weiß, es ist schwierig, ich mag es auch gutschprechen, Frau Stadträtin Eisler danke für Ihr Engagement. Es ist schwierig so ad hoc eine Einrichtung zu finden. Sie haben es immer wieder angesprochen, es ist schwierig und ob uns etwas einfällt, aber dass wir Zahlen und Fakten jemals besprochen hätten, das war nicht. Wir müssen uns damit unbedingt im Sozialausschuss auseinandersetzen.

Bürgermeister Laab: Frau Gemeinderätin, ich tue mir schwer, wenn Sie jetzt Argumente bringen, was wir gerade versucht haben rüberzubringen. Es sind Dinge, die passieren. Da muss man Gespräche führen mit der Gemeinde Leitzersdorf, mit der Kindergarteninspektorin. Wir haben bis gestern oder fast bis heute diesen Bestandsvertrag ausgearbeitet mit unseren Mitarbeitern, dass wir möglichst rasch, weil der Sitzungstermin heute ist, eine baldige Einrichtung schaffen. Noch einmal, wir sind verpflichtet, die Vierjährigen, nicht einmal die Dreijährigen, im Kindergarten aufzunehmen. Wir könnten jetzt hergehen und sagen, die Zweieinhalbjährigen bedürfen unsere Betreuung nicht. Aber wir versuchen, hier Lösungen zu finden. Wenn wir jetzt hier anbieten, im Gemeinderat zu konstruieren, öffentliche Verkehrsmittel, die wir nicht brauchen, weil wir im Vorfeld diese Informationen gesammelt haben, diese Bedarfserhebungen, die laufend gemacht werden, weil Stadträtin Eisler mit den Mitarbeitern von uns beschäftigt sich ja mit diesem Thema, und weiß auch, wie viele Kinder wann in den Kindergarten kommen, wie die Altersgruppen aussehen, dann ist das jetzt ein Thema, das gar keines ist, weil wir für diese 16 Kinder kein öffentliches Verkehrsmittel brauchen. Natürlich wissen wir, dass es das dort und da gibt.

Gemeinderat Dummer: Ich glaube, es spricht nichts dagegen, dass da Bevölkerung zuzieht, wir wissen das ja rechtzeitig. Wir wissen, wenn Kinder in Stockerau auf die Welt kommen. Das wissen wir und wissen, wenn die zweieinhalb Jahre alt werden und wenn sie drei Jahre alt und vier Jahre alt werden. Das sind alles Zahlen, die sind uns bekannt. Die Statistiken haben wir. Was, glaube ich, da die Kritik ist, und dem würde ich mich schon auch anschließen, die vorausschauende Planung bei diesen Dingen fehlt. Wieso brauchen wir eine Kooperations-Kindergartengruppe, wenn wir eigentlich seit zweieinhalb Jahren wissen, dass heuer so viele Kinder.

Stadträtin Eisler: Wir sind nicht verpflichtet.

Gemeinderat Dummer: Wie wissen schon, dass die Kinder heuer zweieinhalb Jahre werden, und auch wenn die Leute keinen Rechtsanspruch haben, wissen wir auch, dass grundsätzlich das Problem besteht für viele junge Familien, dass sie nach zweieinhalb Jahren wieder arbeiten gehen sollen und dass sie dann irgendeinen Platz für die Kinder brauchen. Das ist bekannt und es sollte, wenn wir schon an der Stadtentwicklung interessiert sind und am Zuzug und neue Siedlungsgebiete erschließen, wie wir es erst vor kurzem in der Straußpromenade getan haben, auch die Infrastruktur mitwachsen lassen. Dazu gehören Kindergärten, gehören Volksschulen, gehören andere Schulen, gehören Straßen, Wasser- und Kanalanlagen und all diese Dinge. In dem Fall halt Kindergartenplätze. Wir wissen genau, wie viele Kinder wir haben und wie viele wir unterbringen können. Es ist erfreulich, dass es da in Leitzersdorf eine Lösung gibt, es ist auch erfreulich, dass dieser Raum voll ausgestattet ist und es keine Zusatzkosten gibt. Trotzdem ist es irgendwie beschämend für Stockerau, dass man da nicht mitdenkt, vorausdenkt und diese Einrichtung schafft rechtzeitig.

Bürgermeister Laab: Da bin ich komplett anderer Meinung, Herr Dummer.

Gemeinderat Dummer: Das kann sein.

Bürgermeister Laab: Sie verlangen vorausschauend. Natürlich, wir können jetzt hergehen und sagen, wir schaffen so viele Plätze. Dann möchte ich den Gemeinderat hier sehen, wenn wir mit Finanzierungen kommen mit Summen, die wir nicht bestreiten können. Wir haben keine Verpflichtung, wie wollen uns darum kümmern und unseren Bürgern was anbieten. Wir haben auch nicht, dass jedes zweieinhalbjährige Kind, das auf die Welt kommt, in den Kindergarten gehen möchte. Wir schaffen ja. Sie haben gehört die Zahlen. Das sind aber keine Zahlen, die angemeldet sind. Wir wissen, dass so viele Kinder da wären. Die könnten rein theoretisch. Wir könnten uns auch zurückziehen und deswegen verstehe ich die Kritik nicht, warum der Gemeinderat nicht einmal sagen kann, wir machen mehr als wir müssen. Wir müssen nur den Vierjährigen einen Platz geben und mehr nicht. Wir geben aber den Dreijährigen einen sicheren Platz, dass die dann mit drei Jahren bis zur Schule in einem Kindergarten sein können. Jetzt schauen wir, dass auch möglichst zweieinhalbjährige Kinder, die den Wunsch haben, untergebracht werden können. Für mich ist mehr erschreckend, dass man Gemeinden in Kosten hineingetrieben hat, die Kindergartengruppen erzeugt haben, die sie jetzt nicht anfüllen können, weil sie die Kinder nicht haben. Wir gehen jetzt her und machen eine Gemeindegemeinschaft. Die Gemeinde Leitzersdorf hat auch Geld in die Hand genommen und bekommt jetzt wieder etwas retour. Das hätte man auch vom Land vorausschauender machen können, nicht nur wegen einer Wahl, dass man eine Offensive startet, die man vor ungefähr zehn Jahren gemacht hat, dass man nicht vorausschauend da einfach Geld ausgegeben hat,

was man dann nicht bewältigen hat können, weil man eben eine Unzahl an Pädagoginnen gebraucht hat. Wir schauen jetzt, und da kann der Gemeinderat jetzt der Meinung sein, man will das auch unterstützen oder man sieht die Kritik. Ich finde, die Kritik ist nicht angebracht, weil hier Dinge kritisiert werden, die wir sowieso machen, die wir zur Verfügung stellen, obwohl wir nicht müssen, wo wir Gelder für unsere Zukunft aufbringen, weil die Kinder unsere Zukunft sind, und denen helfen, weil sie es brauchen, obwohl man von Landes- und Bundesstelle im Stich gelassen wird.

Stadträtin Völkl: Ich will aber trotzdem noch sagen, am 31.01. sind 131 Kinder, haben sich hier gemeldet, die zweieinhalb Jahre sind.

Bürgermeister Laab: Nein. Das haben wir festgestellt, dass sie so alt sind.

Stadträtin Völkl: Aber das ist jetzt die dritte Gruppe, die man disloziert führen mit den Zweieinhalbjährigen. Die letzten Jahre kann ich mich vom Sozialausschuss immer erinnern, dass du Frau Stadträtin immer gesagt hast, wie schwierig es ist und du froh bist, dass alle Kinder unterkommen, wie man da hin und her schachteln muss. Wir sind eine wachsende Gemeinde und es wird sich die Frage stellen, wollen wir immer mit so - da eine Gruppe und dort eine Gruppe, eine in Leitersdorf und vielleicht dann eine in Niederhollabrunn - oder wollen wir unseren Kindern, ich bin da ganz genau dafür, dass diese Kinder, die Zweieinhalbjährigen, wenn wir das als Gemeinde wollen, weil die Gesellschaft entwickelt sich so, dass die Mütter wieder in den Arbeitsprozess einsteigen, dann ist die Frage, wenn ich vorausschauend handle, schaffe ich eine Kindergartengruppe. Unsere Kindertagungsgruppen sind voll, da geht nichts. Das haben wir ja wiederholt schon festgestellt. Und, wollen wir in Zukunft so weitertun, oder wollen wir uns in einem Ausschuss einmal überlegen oder in einem anderen Gremium, ob es nicht sinnvoll wäre, dass die Gemeinde im Kerngebiet oder in einem Siedlungsgebiet, wo auch immer, dass man sich überlegt, dass wir einen Kindergarten schaffen, wo man diese Kinder unterbringt. Wenn wir uns so einig sind, dass wir einen Platz für Zweieinhalbjährige wollen, und das bei uns am Gemeindegebiet.

Bürgermeister Laab: Dann möchte ich dem Gemeinderat aufrufen dazu, dass er dann, wenn wir so handeln, uns alle gemeinsam unterstützt, wenn das Land NÖ kommt und die Gemeindeabteilung sagt, es ist nicht notwendig, dass hier eine Einrichtung geschaffen wird, weil wir nicht die Verpflichtung haben, diesen Kindergartenstandort zu bauen, weil für die Vierjährigen haben wir ja ausreichend Plätze. Wir gehen jetzt her und sagen, wir wollen auch unseren Bürgern für Zweieinhalbjährige eine Möglichkeit anbieten. Darum geht es im Kern. Natürlich bin ich bei Ihnen und wir stellen auch diese Überlegungen an. Aber man muss auch sehr vorausschauend arbeiten, dass wir nicht einen Kindergartenstandort schaffen, den in einigen wenigen Jahren niemand mehr möchte, weil er eben nicht so angelegt ist, dass ihn auch die Eltern nicht nützen wollen, weil er eben strategisch nicht richtig liegt. Das ist, glaube ich, auch eine Kernfrage.

Stadtrat Holzer: Vielleicht zum Vorausschauen. Ich glaube, vor zehn oder fünfzehn Jahren haben wir halb so viele Kindergartengruppen gehabt wie jetzt. Jetzt haben wir, glaube ich, 26. Seit fünfzehn oder zwanzig Jahren schaut die Gemeinde in die Zukunft und plant Kindergärten. Ich weiß selber, im Sozialausschuss wurde immer wieder gesprochen, dass wahrscheinlich wieder ein Kindergartenbau notwendig wird. Nur man muss halt die Zeit abwarten, man muss die Finanzen berücksichtigen. Wenn wir den Kindergarten schon gebaut hätten, und

dann würde eine Gruppe leer stehen, hätten wir auch nichts davon. Ich habe jetzt auch gehört und mit der Frau Stadträtin vorhin gesprochen, 25 Kinder dürfen in einer Gruppe sein, und sobald ein zweieinhalbjähriges Kind drinnen ist, dürfen es nur 19 sein. Das sind alle Probleme. Zum Zuzug noch einmal. Wir wissen vielleicht, dass wir 100 neue Wohnungen übergeben nächstes Jahr oder heuer, aber wie viele kleine Kinder dabei sind, weiß man halt auch nicht. Das ist natürlich auch eine gewisse Unsicherheit. Die in Stockerau auf die Welt gekommen sind, die hier gemeldet sind, da wissen wir schon die Zahlen. Das muss man uns auch zugestehen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich möchte jetzt etwas Positives sagen. Was mir jetzt ad hoc gut gefällt und weil wir so spontan mit dem Thema konfrontiert worden sind, dass man als Stadt Stockerau dazu beiträgt, dass man da der Landflucht entgegenwirkt und dass da Kooperationen mit Dörfern gesucht wird, finde ich sehr gut. Da wird sozusagen freistehender Raum genutzt durch Stockerau. Trotzdem, wenn man sich das logistisch überlegt, ich appelliere im Namen der GRÜNEN wirklich darauf, dass man sich so ein Busangebot ansieht. Das nächste, das ist der zweite Punkt, der mir einfällt. Ja, wir sind nicht verpflichtet und ich finde es sehr gut, dass wir das trotzdem anbieten und dass du dich engagierst. Aber eines möchte ich schon noch hervorheben, was die Sozialdemokratie betrifft, ich habe immer gedacht, die Sozialdemokratie steht wirklich ein für Familienfreundlichkeit, für Kinderbetreuung. D.h. was mir da ein bisschen aufstößt bei der Diskussion, dass man immer dazu sagt, wir sind nicht verpflichtet, wir müssen das nicht tun. Was mir fehlt, ist dieser Einsatz dafür, dass man das will. Das muss ich schon einmal zu dem sagen, dass man eher so redet wie halt der Koalitionspartner FPÖ, der nicht dafür eintritt. Das verstehe ich nicht ganz, na ja die FPÖ ist nicht unbedingt für Kinderbetreuung.

Stadtrat Kube: Das wollen Sie wissen.

Aufregung - es wird durcheinander gesprochen und Bürgermeister Laab ersucht um Ruhe.

Stadtrat Kube: Unglaublich.

Gemeinderat Dummer: Es ist schon richtig, wenn auf einmal zwanzig zweieinhalbjährige Kinder zuziehen, dann ist das nicht planbar. Aber wenn Kinder auf die Welt kommen, dann weiß man, dass die in zweieinhalb Jahren zweieinhalb Jahre sind. Das ist sehr wohl planbar, das hat eine Vorlaufzeit von zweieinhalb Jahren und das ist der Großteil der Fälle. Also jetzt da mit Gewalt Gründe zu finden, warum man Dinge nicht machen kann, warum man nicht planen kann, wieso man nicht vorher etwas durchdenken kann, das kann man natürlich machen, ist aber auch nicht zielführend.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Bürgermeister Laab: Der Herr Gemeinderat aus Leitzersdorf kann diese Nachricht mitnehmen, weil die haben morgen nämlich ihre Sitzung und werden dort im Gemeindevorstand auch über dieses Thema sprechen. Ich möchte meine Grüße an den Bürgermeister ausrichten lassen und hoffe, dass wir hier eine gute Zusammenarbeit finden.

2.) Dringlichkeitsantrag von GR Pfeiler/GRÜNE – Ergänzung der VLSA Donaustraße mit einem signalgeregelten Schutzweg

Gemeinderat Pfeiler: Die Begründung oder das Anliegen habe ich schon in der Einleitung oder in der Verlesung genannt. Uns fehlt einfach auf der Signalanlage Donaustraße/In die Au auf der südlichen Straßenseite der Donaustraße ein signalisierter Schutzweg. Dort ist derzeit Gehsteigverbot, d.h. wenn wir uns vergegenwärtigen, ein Fußgänger kommt auf der südlichen Straßenseite von der J. Wolfikstraße/Donaustraße entlang, dann hat er keine Möglichkeit, an dieser Stelle in irgendeiner Weise weiterzukommen in Richtung Bahnhof. Er hat auch keine Möglichkeit über die Donaustraße zu queren, weil an der Polizei zugewandter Seite der Kreuzung gibt es auch keinen Fußgängerübergang und auf der südlichen Straßenseite längs Richtung Bahnhof weiter gibt es auch keinen Schutzweg, der signalisiert ist, obwohl es damals im Verkehrskonzept so vorgesehen war. Wir würden da wirklich appellieren, dass hier die Planung noch einmal überarbeitet wird und diese Markierung aufgebracht wird und das Signal für die Fußgänger gesetzt wird bei dieser Verkehrslichtsignalanlage. Die Anlage ist ja auch schon vorbereitet für die Ausfahrt aus der Tiefgarage zum Objekt Rathausplatz 15. Also, an das hat man alles gedacht. Fußgänger sollten jetzt auch berücksichtigt werden. Das ist mein Wunsch, dass dazu Planungen angestellt werden und dass wird dazu im Verkehrsausschuss weitersprechen.

Bürgermeister Laab: Ich möchte dazu aus meiner Sicht die Dinge klarlegen. Es wurde im Zuge der Unterführung des Baus in der Hornerstraße auch eine Verkehrsregelung angedacht, besprochen und verhandelt, weil man mit Mehrverkehr von der Abfahrt Mitte rechnen musste, wie hier eine Verkehrssituation geschaffen wird, dass da der Verkehr hier sicher fließen kann. Im Zuge dieser Verkehrsverhandlung war auch darüber zu befinden, wie die Fußgänger diese Kreuzung passieren können. In erster Linie steht aber natürlich der Verkehrsfluss, der ja vermehrt auftritt und zu regeln ist und wo aufgrund dieser Stopptafel keine ausreichende Rege-

lung laut Straßenmeisterei vorhanden war, und dass man hier Maßnahmen schafft. Der Fußgänger würde, wenn er über die Donaustraße entlanggeführt wird, wo vorher auch kein Fußgängerübergang war, hier hat es keine eindeutige Regelung gegeben, da waren die Haltelinien für die Autos aber sonst nichts, dass man hier natürlich bei der Ampelregelung auch eine Möglichkeit schafft, dass der Fußgänger in die Au in erster Linie kommt. Vom Bahnhof geht es für jeden auch, weil er die Seite benützen kann, die Sie jetzt kritisieren, weil dort die Baustelle ist, und die schwer zu überwinden ist. In einigen Monaten wird diese Baustelle weg sein. Nur wenn wir einen Fußgängerübergang machen, wo wie Sie ihn verlangen, dann wäre, meine ganz persönliche Meinung und die teile ich mit den Experten, eine Fußgängergefährdung gegeben – hat er grün, dann kann er gehen, wie biegen die anderen ab, wenn er grün hat. es muss auch der Abbieger die Kreuzung überwinden. Also, hier glaube ich, ist richtig entschieden worden, dass die Fußgänger auf die andere Straßenseite geleitet werden mit dem Übergang in Richtung Au. Es sind Verkehrszählungen durchgeführt worden und auch die Fußgänger sind von verschiedenen Richtungen gezählt worden. Also, ich glaube, man würde etwas konstruieren, wo man eher eine Unsicherheit für den Fußgänger schafft als für die Sicherheit. Wie gesagt, das ist die Meinung, die ich mit denen teile, die bei der Verkehrsverhandlung zu diesem Ergebnis gekommen sind. Das sind durchaus Experten, die vom Land NÖ beschäftigt werden und sich mit derartigen Herausforderungen auseinandersetzen.

Gemeinderat Dummer: Von der Polizei, wenn man herauskommt, gibt es da einen gesicherten Übergang Richtung Rathaus? Gibt es dort eine Ampel?

Gemeinderat Pfeiler: Nein.

Bürgermeister Laab: Ich weiß nicht, wie oft Sie in Stockerau unterwegs sind, aber Sie werden doch genau wissen, dass dort keine Ampel ist. Entschuldigung, dort war nie eine.

Gemeinderat Dummer: Die Ampel ist ja neu dort jetzt und ist im Zuge dessen eine Fußgängerampel von der Polizei Richtung Rathaus hinüber errichtet worden.

Bürgermeister Laab: Nein.

Gemeinderat Dummer: Nein. D.h. die vom Rathausplatz zur Polizei gehen und von der Polizei zum Rathausplatz, die müssen dort wild irgendwie die Straße überqueren.

Bürgermeister Laab: Die werden die Straße überqueren, wie sie bisher die Straße überquert haben.

Gemeinderat Dummer: Aber bisher war dort keine Ampel.

Gemeinderat Hopfeld: Aber auch kein Fußgängerübergang.

Bürgermeister Laab: Man kann schon bei manchen Dingen, vor lauter schlecht reden, vergessen, wo die Vernunft liegt.

Gemeinderat Pfeiler: Sie haben Ihre Sicht dargelegt, das steht Ihnen hier zu. Aber ich möchte nur kurz darauf zurückkommen, dass Sie das als Unsicherheit sehen, wenn jemand einen Schutzweg passiert und vielleicht rechts ein Auto abbiegt. Das ist eine ganz normale Ver-

kehrssituation, wenn man rechts abbiegt, dass bei einer Ampel der begleitende Schutzweg dabei ist. Wo da die Unsicherheit liegen soll, verstehe ich nicht.

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	1
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	0

**3.) Dringlichkeitsantrag von GR Pfeiler/GRÜNE –
Neugestaltung Schaumanngasse**

Gemeinderat Pfeiler: Die Schaumanngasse ist ja auch durch die Medien gegangen. Mir wäre es ein wichtiges Anliegen, dass die Planungen noch einmal überarbeitet werden. Und zwar dahingehend, dass an der westlichen Straßenseite nach Möglichkeit wieder eine Baumreihe angepflanzt wird. Das ist der erste Wunsch oder der erste Teil des Antrages.

Der zweite Teil des Beschlussantrages ist, dass wir auf der östlichen Straßenseite der Schaumanngasse wieder für den Fußgänger und für die Fußgängerinnen einen Gehsteig so bauen, in der gleichen Breite, wie er derzeit vorhanden ist. Da ist der neue Gehsteig deutlich schmaler geplant als der derzeitige. Das halten wir für einen Rückschritt und daher sollten hier die Planungen noch einmal überarbeitet werden.

Bürgermeister Laab: Braucht es nicht. Die tatsächlichen Vor-Ort-Gespräche mit den Planunterlagen haben ergeben, was Straßenbeleuchtung, Einbauten betrifft, dass die Gehsteigbreite auf der Seite des Lindenhofes, das ist das was Sie meinen, genauso breit bleibt, das sind jetzt fast diese zwei Meter, weil sich dadurch eine Kostenersparnis ergibt, weil die Straßenbeleuchtung nicht mehr geändert und keine neuen Kabeln verlegt werden müssen und ausreichend Platz ist für die restlichen, geplanten Mehrzweckstreifen und für die Fahrbahnbreite, Gehsteig und Grünflächen. Diese werden bei Stadtrat Kronberger in der Ausschusssitzung,

die ist auch schon eingeladen, glaube ich, besprochen und die Pläne liegen auch dort zur Einsicht auf. Da kann auch dann darüber diskutiert werden, wie schlussendlich die Ausführung von dem Planvorschlag umgesetzt werden soll.

Gemeinderat Hopfeld: Vieles ist heute schon darüber gesagt worden, aber ich wollte nur sagen. Seit dem ich das weiß, bin ich dort vermehrt oft gefahren, bitte da geht den ganzen Tag kein Fußgeher. Da geht keiner, also warum man das so problematisch sieht, weiß ich nicht.

Bürgermeister Laab: Ich fahre dort jeden Tag vorbei, ich teile deine Meinung, ich unterstütze das, ich kann das nur bestätigen. Es ist dort nicht unbedingt eine hohe Frequenz, es sind die Bewohner, die zu bestimmten Zeiten dort gehen.

Stadtrat Kronberger: Wir haben in der letzten Ausschusssitzung Park- und Gartenanlagen bereits darüber beraten und den Wunsch geäußert, wenn möglich Bäume zu pflanzen. Wir werden am 1. März, die Einladung müsste hinausgehen, noch einmal beraten und wir werden uns dann zu einem Entschluss durchringen. Aber meinen letzten Informationen nach, sieht das eher so aus, es wurde ein breiterer Gehsteig gewünscht, dadurch wird der Grünstreifen so schmal, laut Aussage von Ing. Els, dass dort kein Baum mehr Platz findet. Wie gesagt, der Lebensraum für einen Baum ist viel zu schmal. Es wäre in der zwischenzeitlich vorgelegten Planung nur im Bereich der ehemaligen Reiterkaserne, dort wären Bäume vorgesehen gewesen. Aber wo es nicht geht, kann man nichts machen. Wir sind noch nicht soweit in der Ausschusssitzung, daher werden wir von Seiten der ÖVP gegen diesen Antrag stimmen.

Gemeinderat Pfeiler: Ich finde es positiv, dass offenbar Bewegung in die Sache gekommen ist, weil als wir zuletzt über die Planung im Verkehrsausschuss gesprochen haben, hat es geheißen, es wäre alles nie veränderbar. Ich habe dann ein Mail geschrieben an das Bauamt und an die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, dass man bitte noch einmal über das Thema sprechen sollte. Es kam überhaupt keine Antwort und das war dann auch der Grund, weil ich nochmal darüber sprechen möchte, warum ich diesen Dringlichkeitsantrag gestellt habe. Hätten Sie mich einfach kurz angerufen oder mir geantwortet auf mein Mail, dass hier noch Änderungen in Aussicht stehen, dann hätte ich mir den Antrag auch gespart. Ich mache nicht einen Antrag, nur dass geredet wird. Insofern schade, dass diese Kommunikation, die ich versucht habe, dass auf diese Kommunikation nie geantwortet wurde.

Bürgermeister Laab: Sie haben das geschickt an die Gemeinde, meine Mitarbeiter haben sich mit Ihnen nicht in Kontakt gesetzt. Sie hätten die Möglichkeit gehabt nachzufragen, ob das Mail nicht angekommen ist. Sie sprechen da auch blumig von einer Allee. Für mich ist eine Allee, und das, glaube ich, kann man überall nachlesen, eine Baumreihe, wo links und rechts Bäume stehen. Wenn man die Schaumannngasse als Allee bezeichnet, dann glaube ich, kann man schon alles ein bisschen auch dementsprechend aufbauen, damit es nach mehr klingt als es ist. Unsere Mitarbeiter schauen, wo sie Bäume setzen können und sie setzen jedes Jahr genügend Bäume ein. Auch in anderen Gassen gibt es Allees wie z.B. in der Pampichlerstraße. Man sollte sich schon ein bisschen vielleicht dort oder da zügeln, wenn hier Behauptungen eher nicht so ernsthaft wirken.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	14
	ÖVP	11
	FPÖ	3
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	2
	NEOS	1

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Im Anschluss findet die nicht öffentliche Sitzung statt.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Erwin Kube

GR DI Pfeiler Dietmar

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder